



39. Sitzung

am Dienstag, dem 3. März 2015, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 3119

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Starke Frauen für ein starkes Bayern - geschlechtergerechte Gesellschaft jetzt verwirklichen!"

Dr. Simone Strohmayr (SPD)..... 3119 3133

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU)..... 3121 3122

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)... 3122 3123 3124

3132

Verena Osgyan (GRÜNE)..... 3124

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)..... 3126

Ruth Müller (SPD)..... 3128

Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 3129 3130

Staatsministerin Emilia Müller..... 3130

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Beschluss..... 3133

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Eignungsdiagnostische Verfahren mit beratendem Charakter für Lehramtsstudenten

(Drs. 17/3979)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

(Drs. 17/5428)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 3133 3134

Otto Lederer (CSU)..... 3134 3136

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 3136

Margit Wild (SPD)..... 3137 3138

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 3138

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 3139

Beschluss..... 3140

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine AG (Drs. 17/4716)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/5357)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 3140

Ernst Weidenbusch (CSU)..... 3141 3142 3144

Florian von Brunn (SPD)..... 3142

Benno Zierer (FREIE WÄHLER).... 3143 3144 3145

Staatssekretär Johannes Hintersberger..... 3145

Namentliche Abstimmung..... 3145

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a.

Anlage 2)..... 3151

Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun
Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. (CSU)
**Prüfung eines Konzepts für eine Organisation
analog zum "National Trust" für Bayern sowie
deren Anschubfinanzierung (Drs. 17/4812)**

Beschlussempfehlung des
Wissenschaftsausschusses (Drs. 17/5387)

Robert Brannekämper (CSU)..... 3146 3148

Georg Rosenthal (SPD)..... 3147 3148
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 3148
Rosi Steinberger (GRÜNE)..... 3149
Dr. Thomas Goppel (CSU)..... 3150
Staatssekretär Bernd Sibler..... 3150

Beschluss..... 3151

Schluss der Sitzung..... 3151

(Beginn: 14.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 39. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Starke Frauen für ein starkes Bayern - geschlechtergerechte Gesellschaft jetzt verwirklichen!"

Über die Regeln der Aktuellen Stunde brauche ich Sie nicht im Einzelnen zu informieren; sie sind in der Geschäftsordnung festgehalten. – Ich beginne mit den Wortmeldungen. Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Dr. Strohmayer von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allein die Anwesenheit der CSU-Fraktion zeigt mir, welche Wichtigkeit das Thema Frauen für die CSU hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir feiern am 8. März dieses Jahres, also in wenigen Tagen, den 104. Internationalen Frauentag. Ich möchte diesen geschichtsträchtigen Tag nützen, um auf die Lebensrealität von Frauen in Bayern hinzuweisen.

Bei seinem Amtsantritt hat sich Horst Seehofer als der große Frauenförderer dargestellt. Vollmundig hat er erklärt, die CSU müsse weiblicher werden. Das Jahr 2011 hat er sogar zum Jahr der Frau erklärt. Was ist daraus geworden, Herr Seehofer? Was ist daraus geworden, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU?

Auf der Suche nach Frauen scheinen Sie fast ausschließlich Männer zu finden. Unter den 101 CSU-Abgeordneten hier im Bayerischen Landtag finden sich gerade einmal 21 Frauen – magere 20,7 %. In der 16. Legislaturperiode waren es gerade einmal 19 Frauen von 92, also magere 20,1 %. Die CSU-Fraktion konnte damit ihre Frauenquote in fünf Jahren um 0,6 Prozentpunkte verbessern. Gratulation, Herr Seehofer!

Nicht viel besser sieht es in der Staatsregierung aus. Von 17 Posten sind gerade einmal 5 an Frauen gegangen, magere 27 %. Man kann feststellen: Frauenförderung unter Horst Seehofer findet allenfalls in Sonntagsreden statt. So ist es auch nur konsequent, dass 2013 bei der Neugestaltung des Ressorts der Zusatz "Frauen" aus dem Namen des Sozialministeriums gestrichen wurde.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

So unwichtig war anscheinend das Betätigungsfeld "Frauen und Gleichstellung", dass es im Namen nichts mehr zu suchen hatte. Und so ist es auch nur konsequent, dass in der Vergangenheit Personal aus dem Sozialministerium, Ressort Gleichstellung, abgezogen und in die Staatskanzlei gesteckt wurde. So unwichtig waren anscheinend die Vorhaben, der Gleichstellungsbericht oder die Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Bayerisches Gleichstellungsgesetz ist längst in die Jahre gekommen. Es gilt seit 1996 und ist dringend reformbedürftig. Wir hinken hier weit hinter dem Bund und den anderen Bundesländern hinterher. Ein Gleichstellungsbericht nach dem anderen macht deutlich, dass das Gesetz ein zahnloser Papiertiger ist und viel zu wenig Wirkung hat. So erklären sich auch die Zahlen hier in Bayern. In der Staatskanzlei gibt es gerade einmal 23 % Frauen in Führungspositionen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die Amtschefin der Staatskanzlei ist eine Frau, die erste in der Geschichte!)

- Ich habe hier die Funktionsämter ab der Referatsleitung aufwärts.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die Amtschefin der Staatskanzlei ist eine Frau!)

– Mag sein; aber eine Frau, sehr geehrter Herr Seehofer, macht keine Frauenförderung.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Eine Frau macht keine Frauenförderung! Jetzt wird er ein bisschen rot, der Herr Seehofer!)

Im Staatsministerium des Innern, Herr Seehofer, sind 21 % Frauen in Führungspositionen, und in der Obersten Baubehörde – Herr Seehofer, hören Sie gut zu! – sind gerade einmal 12,8 % Frauen in Führungspositionen.

Ganz ähnlich sieht es im Übrigen in den Beteiligungsunternehmen aus, also in den Unternehmen, an denen der Freistaat Bayern beteiligt ist. Seit Jahren

bewegt sich in der Führungsetage dieser Unternehmen gar nichts. In der Geschäftsführung und im Vorstand waren 2014 von 110 Führungskräften lediglich 14 weiblich. Das war eine Frau mehr als im Vorjahr und übrigens keine einzige mehr als 2012. Ganz ähnlich sieht es in den Aufsichtsgremien aus. Von 110 Aufsichtsräten waren gerade einmal 17 Frauen. Auch hier konnten wir kaum eine Steigerung verbuchen.

In den letzten Jahren hat sich also hier in Bayern so gut wie gar nichts geändert. Es wird deutlich: Die Chancengleichheit von Frauen steht unter Seehofer in Bayern auf verlorenem Posten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Das geltende Bayerische Gleichstellungsgesetz hat die Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst nicht entscheidend vorangebracht. Dabei hat gerade der öffentliche Dienst Vorbildfunktion. Wie sollen wir die Wirtschaft für Geschlechtergerechtigkeit begeistern, wenn Frauen nicht einmal im öffentlichen Dienst gefördert werden? Auch 19 Jahre nach Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes durch den Bayerischen Landtag kann von gleichen Chancen für Frauen und Männer hier in bayerischen Ämtern und Behörden leider nicht die Rede sein.

Wir fordern deshalb eine Reform des Gleichstellungsgesetzes. Wir brauchen die Erweiterung des Gleichstellungsgesetzes auf einen weiteren Geltungsbereich. Es muss zum Beispiel auch für die Teilnehmungsunternehmen gelten. Wir brauchen eine Aufforderung an die Unternehmen der Privatwirtschaft, dass die Grundsätze des Gleichstellungsgesetzes auch dort Anwendung finden. Wir müssen die Gleichstellungsbeauftragten besser ausstatten; wir müssen sie freistellen, damit sie ihren Tätigkeiten wirkungsvoll nachkommen können. Wir brauchen in allen Laufbahnen, Berufsfachrichtungen, Leitungsebenen und Funktionsstellen eine Quotenregelung. Bei gleicher Qualifikation läge sie idealerweise bei 50 %.

(Beifall bei der SPD)

Es kann doch nicht sein, dass der öffentliche Dienst in Bayern weit hinter dem zurückbleibt, was in Berlin beschlossen wurde. Auf Bundesebene hat man die Quote für Aufsichtsräte und den öffentlichen Dienst des Bundes beschlossen, und in Bayern bleibt alles beim Alten. Das kann doch nicht sein!

(Beifall bei der SPD)

Vor allem fordern wir auch einen aussagekräftigen Bericht vom Freistaat Bayern, aus dem hervorgeht, ob

die Dienststellen ihren Verpflichtungen nachkommen, und ob sich die Gleichstellung von Männern und Frauen im Freistaat wirklich verbessert hat. Es ist unglaublich: Der letzte Gleichstellungsbericht wurde 2011 für den Zeitraum 2005 bis 2009 vorgelegt. Angeblich soll jetzt der Fünfte Gleichstellungsbericht Ende dieses Jahres erscheinen - also fast fünf Jahre später. Aussagekräftiges, aktuelles Zahlenmaterial liegt damit nicht vor.

Ich frage mich: Will die Staatsregierung hier vertuschen, dass wir auf der Stelle treten? Ich finde, das ist ein Skandal! Wer es ernst meint mit Gleichstellung, muss Zahlen erheben und Entwicklungen darstellen. Der Gleichstellungsbericht muss alle zwei bis drei Jahre erscheinen; das ist für mich unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen der CSU, ich möchte Sie ganz explizit ansprechen: Gleichstellung ist das effektivste Mittel, Frauenarmut auch hier bei uns im reichen Bayern zu bekämpfen. Frauen machen hier nämlich die besseren Schulabschlüsse, und trotzdem arbeiten sie häufiger im Niedriglohnbereich,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

trotzdem schaffen Frauen seltener den Sprung in die Führungsebene, und trotz besserer Schulabschlüsse haben Frauen ein höheres Armutsrisiko als Männer. Ja, Armut in Bayern ist weiblich; besonders alleinstehende Frauen, alleinerziehende oder ältere Frauen sind betroffen.

Ich habe letztes Wochenende beobachtet, wie eine ältere Frau im benachbarten Supermarkt die Abfalltüte durchwühlte. Mich wundert das nicht.

(Zurufe von der CSU)

Frauen haben im Freistaat durchschnittlich 530 Euro Rente zur Verfügung.

(Lachen und Unruhe bei Abgeordneten der CSU)

- Da brauchen Sie gar nicht zu lachen! – Männer haben fast das Doppelte, nämlich durchschnittlich über 1.000 Euro zur Verfügung.

Aber damit nicht genug, liebe Frauen. Der Gipfel der Ungerechtigkeit ist die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen hier in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern gibt es zwischen den Geschlechtern eine Lohndifferenz zulasten der Frauen in Höhe von 26 %. Was heißt denn das? - Das heißt, dass wir Frauen

durchschnittlich um ein Viertel länger arbeiten müssen, um das gleiche Geld zu verdienen. Liebe Kolleginnen, das können wir doch nicht hinnehmen! Wir brauchen ein Entgeltgleichheitsgesetz, wie es jetzt im Bund von der SPD vorgelegt wurde. Ich kann Sie nur auffordern: Fassen Sie Mut, stimmen Sie diesem Gesetz zu, damit wir endlich auch in diesem Bereich Verbesserungen erzielen!

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich am Ende meines Beitrags. Ich möchte mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Strohmayr, nur ein kurzer Einschub: Was die Anwesenheit anbelangt – da werde ich jetzt vielleicht doch einmal etwas persönlich -: Wir arbeiten und reden nicht nur.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hier ist die Arbeit! – Zuruf von der SPD: Unverschämtheit! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn junge und gut qualifizierte Frauen das Land, in dem sie aufgewachsen sind, verlassen müssen, weil sie dort keine Chance haben, einen Job zu bekommen, dann ist das für die betroffene Frau immer eine traurige Erfahrung und ist für das Land, aus dem diese junge Frau kommt, mit Sicherheit kein Ruhmesblatt – im Gegenteil.

Ich persönlich gehöre auch zu diesen jungen und gut qualifizierten Frauen, die das Land, in dem sie aufgewachsen sind, verlassen mussten, weil ich damals vor 15 Jahren als Akademikerin keine Chance hatte, dort einen Job zu finden.

(Zurufe von der SPD)

Das Land, das ich verlassen musste, heißt Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Ach! - Oh!)

Ich habe mich dann nach reiflicher Überlegung entschlossen, ins für mich damals doch sehr ferne Bayern zu gehen;

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

denn hier waren und sind bis heute die beruflichen Chancen für junge Frauen - und auch insgesamt - wesentlich besser als in NRW.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Eieiei!)

Ich kann mich noch sehr gut an die schönen Worte erinnern, mit der die auch damals schon von der SPD geführte NRW-Landesregierung die Förderung der Frauen propagiert hat. Fakt ist: NRW hat auch heute noch, rund 15 Jahre später, eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie Bayern.

(Zurufe von der SPD)

Das bedeutet auch, dass dort die Chancen für junge Frauen und gerade für junge Akademikerinnen wesentlich schlechter sind als in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man auch mit Zahlen belegen. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung "Wegweiser Kommune" liegt die Frauenbeschäftigungsquote in NRW bei lediglich 47,5 % und damit unter allen deutschen Ländern ganz weit hinten. In Bayern liegt sie bei 55 %, und das ist ein Spitzenwert in Deutschland.

(Zurufe von der SPD)

Als ich das Thema der von der SPD beantragten heutigen Aktuellen Stunde "Starke Frauen für ein starkes Bayern – geschlechtergerechte Gesellschaft jetzt verwirklichen" gelesen habe, hat mich das doch sehr an die vielen schönen Worte erinnert, die ich von der SPD aus NRW kenne.

Ich habe in Bayern, wie so viele andere zugereiste Frauen und auch Männer, sehr schnell gemerkt, dass man hier eine Fülle an Möglichkeiten hat, Karriere zu machen. Dazu trägt auch bei, dass unsere Schülerinnen und Schüler hier eine wesentlich bessere schulische Ausbildung erhalten. Dazu gehört auch, dass wir gerade bei den Mädchen noch stärker das Interesse für Mathematik, Naturwissenschaften und Technik wecken wollen, zum Beispiel durch die Initiative "MINT Zukunft schaffen". Allein 43 Schulen aller Regierungsbezirke sind für ihr besonders Engagement in dieser Richtung ausgezeichnet worden.

Selbstverständlich wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit Langem auch vom Freistaat Bayern unterstützt. Beispiele dafür sind der Ausbau der Kinderbetreuung, die Förderung einer familiengerechten Arbeitswelt, die Verbesserung der Möglichkeiten für den Wiedereinstieg in den Beruf, Hinweise auf die Teilzeitfalle und nicht zuletzt die Förderung von gleichstellungs- und frauenpolitischen Projekten. Dabei setzen

wir aber nicht auf Zwang, schon gar nicht auf viele schöne Worte, sondern vor allem auf einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Was haben Sie erreicht? – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Zu wenig!)

Wir motivieren unsere Unternehmen zur Verwirklichung der Chancengerechtigkeit. Wir sensibilisieren sie vor allen Dingen, bestehende Benachteiligungen, und seien sie noch so klein, abzubauen. Von echter Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern sind wir zwar noch immer ein gutes Stück entfernt. Wir sind diesem Ziel aber doch wesentlich näher gekommen als viele andere deutsche Länder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bereits zitierte Studie der Bertelsmann-Stiftung hat auch gezeigt, dass bis zum Jahr 2030 die Zahl der potenziellen Arbeitskräfte in der Altersgruppe von 25 bis 64 Jahre um 11,1 % zurückgehen wird, bei uns in Bayern allerdings weniger stark, da nach wie vor sehr viele Menschen nach Bayern, vor allem in die Metropolregion München, ziehen werden. Angesichts dieses demografischen Wandels ist es dringend notwendig, mehr Frauen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Gerade angesichts des hohen Qualifikationsniveaus vieler Frauen schlummern hier große Potenziale für den Arbeitsmarkt. Das sind große Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen, gleichzeitig müssen wir Frauen – ich beziehe alle ein – auch untereinander solidarisch sein und andere Frauen tatsächlich dabei unterstützen, Karriere zu machen. Lassen Sie es mich so formulieren: Wir sollten in Zukunft einfach hemmungslos gut übereinander reden. Damit kommt man nämlich auch weiter.

Deshalb habe ich lange Zeit das Mentoring-Programm in der Frauen-Union Oberbayern geleitet. Ich habe dafür gesorgt, dass im Rahmen dieses Programms Mentoren und Mentorinnen arbeiten. Wir haben sehr guten Erfolg damit erzielt. Mentoring-Programme gibt es in Bayern übrigens auch in der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Ich bin sofort fertig. – Warum es im ureigenen Sinne eines Staates ist, Frauen zu fördern, hat niemand prägnanter ausgedrückt als Kurt Tucholsky. Er hat einmal gesagt: "Es gibt keinen Erfolg ohne Frauen." Genau deshalb wird die CSU auch in Zukunft Frauen nachhaltig dabei unterstützen, ihren Weg durch das Leben zu gehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich weiß nicht, ob das frauenfreundlich oder frauenfeindlich war.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass der heutigen Aktuellen Stunde ist der Internationale Frauentag am 8. März. Die luxemburgische EU-Kommissarin Viviane Reding hat neu-lich gesagt:

Solange wir einen Frauentag feiern müssen, bedeutet das, dass wir keine Gleichberechtigung haben. Das Ziel ist die Gleichberechtigung, damit wir solche Tage nicht mehr brauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN – Erwin Huber (CSU): Gleichstellung, nicht Gleichberechtigung! – Markus Rinderspacher (SPD): Der Gleichstellungsexperte!)

Warum brauchen wir – leider! – immer noch solche Tage? Dass wir sie brauchen, hat sogar Ihre Kollegin nicht angezweifelt, Herr Huber. Tun Sie doch nicht so! Sie sind in einer bestimmten Ecke, und dort belassen wir Sie auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Warum brauchen wir immer noch solche Tage?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frauen in Deutschland – auch Frauen in unserem gelobten Bayern – verdienen weniger, besetzen verhältnismäßig wenige Führungspositionen, sind überdurchschnittlich von Altersarmut bedroht, tragen nach wie vor die Hauptlast, wenn es darum geht, Familie und Beruf zu vereinbaren, und sind Opfer eines Ehegattensplittings; eigentlich brauchen wir ein Familiensplitting. Frauen sind geprägt durch – und prägen manchmal leider auch selbst – klischeebehaftete Rollenbilder. Insoweit gebe ich meiner Vorrednerin recht.

Frauen werden ungleich bezahlt. Simone Strohmayr hat die Zahlen genannt. Es gibt verschiedene Gründe für diesen niedrigen Durchschnittswert. So arbeiten

viele Frauen in Teilzeit oder nehmen nur Minijobs an. Zum Teil sind diese Entscheidungen der Not geschuldet. Zum Teil sagen Frauen aber auch: Ich bin verheiratet und habe es nicht nötig.

Auch die Tatsache, dass wir Frauen zu wenige Führungspositionen besetzen, liegt an der nach wie vor problematischen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Vereinbarkeit hat ein Herr Huber sicherlich nicht herstellen müssen. Ich denke, das hat er seine Frau erledigen lassen.

Auch die ungleiche Bezahlung ist problematisch. Wir gehen allerdings nicht auf dem Weg mit, den Bundesfamilienministerin Schwesig gerade vorschlägt, Löhne und Gehälter zu veröffentlichen. Das würde das Problem nicht lösen. Papier ist geduldig. Man muss tiefer ansetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Vorschlag?)

Wenn es um Frauen in Führungspositionen geht, müssen wir feststellen: Auch in Bayern müssen sie immer noch wesentlich besser als Männer sein. Auch in Bayern müssen sie immer noch wesentlich stärker sein, ob es die Gesundheit betrifft, ob es die Nerven betrifft oder ein bestimmtes Lächeln, das es zu zeigen gilt. Sie, die Männer, sollten sich einmal in die Rolle einer Frau versetzen, bevor Sie so grinsen, wie Sie manchmal grinsen. Das sage ich Ihnen auch hier nach sieben Jahren im Parlament.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen daran arbeiten, Frauen selbstbewusster zu machen. Das ist ein wichtiger Lösungsansatz in der Familie und der Schule.

Das Thema Altersarmut habe ich vorhin schon angesprochen. Die Gründe sind auch hier wieder die Teilzeitfalle, die Minijobfalle und die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es muss mehr passieren, auch wenn wir in Bayern insoweit schon auf einem guten Weg sind. Aber nach wie vor stehen Grundschulkindern mittags um zwölf Uhr vor der Haustüre. Wir haben zu wenige Ganztagschulen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das sind erste Ansätze. Erst wenn auch in Bayern die volle Kinderbetreuung möglich ist, haben die Frauen auch hier die Möglichkeit, voll gleichberechtigt zu sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir müssen ein Familiensplitting einführen. Das ist einer der wichtigsten Ansätze. Seit über einem halben Jahrhundert – genau: seit 1958 – gibt es in Deutschland das Modell des Ehegattensplittings. Wir müssen uns an der Familie mit Kind orientieren, nicht am Vorliegen eines Trauscheins. Dieser ist zwar auch wichtig und ganz nett; aber er verleitet Frauen dazu, einen Minijob anzunehmen. Der Trauschein suggeriert eine Verlässlichkeit, die wir nicht mehr haben. Das muss den Frauen bewusst werden. Aber auch der Staat muss das Seine dazu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Der tiefe Grund für die auch heute noch fehlende Gleichberechtigung ist letztlich, dass wirkliche Gleichberechtigung noch immer nicht in unseren Köpfen verankert ist. Das sieht man auch an vielen Debatten hier im Landtag. An dieser Stelle müssen wir ansetzen.

Heute gibt es – Gott sei Dank! – die Möglichkeit, Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Ich rede jetzt nicht von der Herdprämie, also dem Betreuungsgeld, sondern von der Elternzeit. Mann und Frau können sie in Anspruch nehmen. Gehen wir von folgendem fiktiven Szenario aus: Der Mann verdient 2.500 Euro brutto, die Frau 3.500 Euro brutto. Fragt man nun, wer daheimbleiben soll, hört man in den meisten Fällen – auch von jungen Menschen, sogar von Schülern –: Natürlich die Frau! – Wendet man dann ein, dass sie doch 1.000 Euro mehr verdient, hört man: Aber sie hat die natürliche Begabung, der Mann muss etwas anderes machen, der Mann muss das Geld verdienen, die Frau muss zu Hause bleiben.

Solange wir solche Antworten hören, ist es mit der Gleichberechtigung nicht weit her. Wir dürfen auch in den Familien nicht mehr mit solchen Klischees spielen. Wir müssen in der Schule noch mehr Aufklärungsarbeit leisten. Natürlich ist die Quote für eine gewisse Übergangszeit eine Möglichkeit. Aber wir müssen hier im Landtag anfangen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Gleich.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Es dürfte kein Podium geben - -

(Unruhe)

Wenn Sie die vielen Unterbrechungen berücksichtigen, dann passt es wieder.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Na, also - -

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Kein Podium hier im Landtag dürfte nur mit Männern besetzt sein. Auch hier machen wir Fehler. Ich appelliere, was dies angeht, auch immer an die eigene Fraktion.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

– Sie machen es keinen Deut besser. Ob Sie solche Wahrheiten überhaupt so deutlich aussprechen dürfen wie ich, bezweifle ich.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich weiß nicht, ob Bildmaterial erlaubt ist. Zu meiner Vorrednerin - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Gottstein, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Sie haben aber die Zeit um mehr als eine Minute überzogen.

(Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet schaltet das Mikrofon am Rednerpult ab – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich möchte noch auf das Ministerium eingehen. – Thomas Kreuzer (CSU): Unerhört! Die Geschäftsordnung ist Ihnen egal? - Sie machen, was Sie wollen! – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wenn nicht so viele Unterbrechungen gewesen wären - - – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Verena Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde den Titel dieser Aktuellen Stunde super: Starke Frauen für ein starkes Bayern. Das passt perfekt zum Weltfrauentag, und ich lasse mir den Weltfrauentag nicht vermiesen: Wir werden ihn feiern, auch wenn die Zahlen, die wir heute gehört haben, wirklich alles andere als stark waren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Ich stimme manchen meiner Vorrednerinnen zu: Wir brauchen dringend eine Reform des Gleichstellungsgesetzes und des Beteiligungsgesetzes in Bayern.

Aber das ist längst nicht alles, wenn es um eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat zwar wirklich jede Menge starker Frauen. Sie versauern aber häufig in der zweiten, in der dritten oder in der allerletzten Reihe. Bayern ist, was die Gleichstellung betrifft, schlicht ein Entwicklungsland. In zentralen Kernzahlen, die etwa die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten betreffen, liegen wir sogar noch hinter Ländern wie Ruanda. Das spricht ja wirklich für sich.

Wir merken jetzt, auf der Bundesebene gibt es Bewegung. Aber ich erwarte ehrlicherweise nicht so viel davon; denn aus der gesetzlich vorgeschriebenen Quote, die wir wirklich dringend brauchen, ist nur ein mickriges Quötchen geworden. Aber gut, vielleicht hilft es zumindest symbolisch weiter. 30 % Frauen in Aufsichtsräten – ich glaube, das ist nicht der große Wurf. 40 % wären wenigstens halbwegs eine Repräsentanz, aber es trifft letztlich nur auf die 106 DAX-Unternehmen zu. Da müssen wir deutlich weiterkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Spannender finde ich den Vorstoß für ein Entgeltgleichheitsgesetz. Da drückt der Schuh wirklich gewaltig, gerade in Bayern. Wir haben gerade gehört, Bayern wäre da nicht so schlecht aufgestellt. Ich kann das von den Zahlen her nicht bestätigen. Insgesamt beträgt der Gender Pay Gap in der Bundesrepublik 23 %. In Bayern liegt er bei 26 %. Für gleiche Arbeit verdienen Frauen 10 % weniger. Das ist nicht nur ungerecht, sondern das ist eigentlich sittenwidrig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Eine Offenlegung der Gehälter würde sicherlich einen Aufschrei provozieren, wenn herauskäme, wie ungerecht tatsächlich die Verteilung ist. Ich erhoffe mir nicht allzu viel vom Bund, aber mehr als von Bayern; denn die Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren nicht nur geschlafen, sondern es fehlt auch an jeglichem Willen, Gleichstellung aktiv voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sieht es immer noch schlecht aus. Der Krippen- und Kita-Ausbau stagniert und hält nicht mit dem Bedarf Schritt. Bayerns Frauen stoßen sich an der gläsernen Decke gewaltig den Kopf, selbst da, wo der Staat als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen könnte, nämlich

im öffentlichen Dienst und an den Hochschulen. Es ändert sich nichts: Wir haben 4 % Frauen in Führungspositionen im Polizeidienst. In Nordrhein-Westfalen sind es 11 %. Wir haben 16,7 % Lehrstuhlinhaberinnen bei über 50 % Studienabsolventinnen. Da stimmt doch etwas nicht. In Berlin sind es immerhin 29 % Professorinnen und – auch das haben wir bereits vorhin gehört – nur 11 % weibliche Führungskräfte in Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern.

Wir haben das schon vor einem Jahr im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes moniert. Wir haben das Thema jetzt wieder im Haushaltsausschuss diskutiert. Wir warten sehnsüchtig auf einen Bericht, der die genauen Ursachen darstellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich, was es da zu verheimlichen gibt. Offenbar sind die Zustände noch schlimmer als gedacht. Aber es bringt doch nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir brauchen endlich verbindliche Quoten und verbindliche Zielvorgaben statt leerer Absichtserklärungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier gilt: 30 % sind uns nicht genug. - Nicht nur bei der Karriere werden Frauen in Bayern ausgebremst. Wirklich skandalös ist der Umgang mit Frauen, die Schutz und Hilfe brauchen. Die Unterfinanzierung der Frauenhäuser und Frauennotrufe haben wir erst kürzlich im Parlament debattiert. Auch die Anzahl der Fälle von häuslicher Gewalt steigt in Bayern, wo eine Kultur des Wegschauens anstatt des Handelns herrscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz besonders beschämend finde ich die Situation weiblicher Flüchtlinge in Bayern. Diese Frauen haben meist einen wirklich schwierigen Weg hinter sich, bevor sie es hierher geschafft haben. Jetzt werden sie hier in den Gemeinschaftsunterkünften nahtlos wieder deutlich häufiger mit Gewalt konfrontiert als männliche Flüchtlinge, und sie erleiden oftmals auch sexuelle Übergriffe. In bayerischen Flüchtlingsunterkünften darf es doch nicht zu solchen Drangsalierungen kommen. Eine Besserung der Situation scheidet jedoch oft schon an den baulichen Voraussetzungen. Da werden weibliche alleinstehende Flüchtlinge oder Frauen mit Kindern mit alleinstehenden Männern zusammen untergebracht. Sie haben oft nicht einmal getrennte sanitäre Anlagen.

Wir brauchen endlich Fortbildungen für medizinisches Personal, und wir brauchen Betreuerinnen, um besser und kultursensibel auf die Probleme von gefolterten

und geflohenen Mädchen und Frauen eingehen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei all dem, was wir in Bayern anpacken müssten, aber nicht anpacken, sieht man: Der Fehler liegt im System; denn Demokratie geht nur gerecht, das heißt auch geschlechtergerecht. Das beginnt bei der Besetzung von Parlamenten und Gremien. Wir haben im Bayerischen Landtag einen Frauenanteil von nur 30 %, obwohl wir GRÜNE ihn mit unserem Verhältnis von Fifty-fifty schon ziemlich nach oben gezogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auf kommunaler Ebene einen Frauenanteil von 32 % und in Gremien wie dem Rundfunkrat und dem Medienrat liegt er gerade einmal bei 25 %. Das regt mich auch auf; denn gerade bei denen, die das Rollenbild in die Gesellschaft tragen, also den Medien, sind Frauen in den Aufsichtsgremien stark unterrepräsentiert. Auch das wirkt sich auf unser Bild von der Welt aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Wunder, dass viele Themen, die Frauen betreffen, immer unter den Tisch fallen. Nur wenn Frauen gleichermaßen in den Parlamenten vertreten sind, vom Gemeinderat bis zum Bundestag, können wir von echter Repräsentanz des Volkes sprechen.

Frau Dr. Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes, hat schon in den Achtzigerjahren ganz treffend formuliert:

Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist schlicht Verfassungsbruch in Permanenz.

Es gibt mittlerweile viele Bürgerinnen und Bürger und auch Fachleute, die das ähnlich sehen. Daher arbeitet das Aktionsbündnis "Parité in den Parlamenten" gerade an einer Popularklage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof, um unser Wahlverfahren auf Verfassungstreue untersuchen zu lassen. Ich bin sehr gespannt, was dabei herauskommt; denn eines ist klar: Auch hier kommen wir mit Freiwilligkeit nicht weiter.

Zu echter Gleichberechtigung benötigen wir eine Reform des Wahlrechts. Ein Paritätsgesetz wie in Frankreich oder ähnliche Formen haben viele andere Länder. Wahllisten müssen generell Fifty-fifty besetzt werden, wie das bei uns GRÜNEN schon längst der

Fall ist. Dafür werden wir uns einsetzen. Demokratie geht nur geschlechtergerecht mit starken Männern und mit starken Frauen. Dafür brauchen wir Ihre und eure Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war schon fast versucht, mich bei der SPD für dieses Thema zu bedanken, weil ich der Auffassung bin, dass es ein gutes und wichtiges Thema ist. Allerdings habe ich bei Kollegin Strohmayr nicht ganz verstanden, was ihr Beitrag zum Thema sollte. Eigentlich hat sie sich am Ministerpräsidenten abgearbeitet. Sie hat dabei aber leider vergessen, dass wir eine Landtagspräsidentin stellen, dass die Staatskanzlei weiblich geführt ist und dass die Regierungssprecherin weiblich ist.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Der Fraktionsvorsitzende Kreuzer hat zwei Stellvertreterinnen. Ich glaube, er überlebt das ganz gut, so wie er dreinschaut. Er wirkt dabei ganz gesund.

(Heiterkeit bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben in Berlin eine Landesgruppensprecherin. Angesichts dieser Funktionen, die an Frauen vergeben sind, weiß ich noch nicht genau, wo Ihr Problem liegt.

(Beifall bei der CSU)

Wir können das genauso bei der SPD anschauen. Sie hat einen männlichen Fraktionsvorsitzenden in Berlin und in Bayern. Sie hat einen Parteivorsitzenden in Berlin und in Bayern. Ich frage mich, wo da die weibliche Beteiligung ist.

(Beifall bei der CSU)

Es wurde relativ viel zum Thema Arbeitswelt von den Kolleginnen von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN angesprochen, die sich inhaltlich wirklich damit auseinandersetzen wollten. Auf diese Themen würde ich auch gerne eingehen, weil ich glaube, diese Aktuelle Stunde hat verdient, dass wir uns wirklich inhaltlich überlegen, was wir an der Stelle machen. Wir

sollten uns weniger fragen, ob und wie viele Frauen Horst Seehofer wo auch immer untergebracht hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben in Bayern seit langer Zeit Wohnraum- und Telearbeit. Wir berücksichtigen bei Einstellungen sehr wohl die Befähigung, wenn jemand Kinder aufgezogen hat, und wir haben seit 2009 einen Anstieg der Teilzeitbeschäftigten des Freistaates Bayern um 34,6 % zu verzeichnen. Zudem zeichnet der Freistaat Bayern Unternehmen aus, die hier sehr stark engagiert sind. Ich glaube, dass wir mit solchen Aktivitäten ein Stück weiterkommen.

Ich bin sehr froh darüber, dass es gelungen ist, in Berlin das ElterngeldPlus anzubringen, weil ich glaube, dass die Wurzel des Problems eher die Fragestellung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist und weil es wichtig ist zu schauen, wie wir an diesen Stellen ein großes Stück weiterkommen. Und, wie kann es anders sein, auch hier sind die bayerischen Väter ganz weit vorne mit dabei: 39,8 % von ihnen beantragen das Elterngeld; im deutschlandweiten Schnitt sind es 31,9 %. Unsere Väter sind also durchaus bereit, sich zu beteiligen und einzubringen. Das schafft die Luft für viele Frauen, die sagen, ich möchte gerne mehr Beruf oder mehr Karriere.

(Beifall bei der CSU)

Nicht sehr zielführend ist allerdings das Anliegen der Frau Schwesig, von dem wir gestern in den Zeitungen lesen durften; denn wir werden keine positivere Einstellung gegenüber Frauen erreichen, wenn wir einen Zettel an irgendeiner Pinnwand haben, auf dem steht, dass eine Frau weniger verdient als ein Mann. Die Lösung des Problems liegt doch nicht darin, dass wir es aufschreiben. Wir müssen überlegen, wieso es so ist. Ich hätte mir gewünscht, dass sich die Kollegin Schwesig eher mit der Frage auseinandersetzt, wie wir es schaffen, dass Frauen mehr verdienen, statt dass sie überlegt, wie wir das entsprechend an Tafeln schreiben können.

(Beifall bei der CSU)

Mit der freien Wirtschaft hat die SPD sowieso irgendwie ihre Probleme. Wir erinnern uns an das Zitat von Frau Fahimi von letzter Woche, in dem sie von Gauern spricht. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn ich von der Wirtschaft etwas will, muss ich in ein Gespräch gehen. Dann reicht es nicht, nur Gesetze vorzubereiten. Dann muss ich in den Dialog gehen und versuchen zu überzeugen. Ich glaube, das ist an dieser Stelle das einzig Richtige.

Da der Koalitionsvertrag immer wieder benannt wird - ich hatte das Glück, diesen Bereich in Berlin mitverhandeln zu dürfen -, möchte ich Sie deutlich darauf hinweisen, dass das, was Frau Schwesig fordert, im Koalitionsvertrag nicht abgebildet ist. Ich möchte zitieren: Unter anderem soll die Arbeit in der Pflege, der Betreuung und der frühkindlichen Bildung aufgewertet werden. Um das Prinzip "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" besser zur Geltung zu bringen, wollen wir mehr Transparenz schaffen, unter anderem die Verpflichtung für Unternehmen ab 500 Beschäftigten, im Lagebericht nach dem HGB auch zur Frauenförderung und zur Entgeltgleichheit Stellung zu nehmen. Unternehmen werden dazu aufgefordert, in eigener Verantwortung erwiesene Entgeltdiskriminierung zu beseitigen. Ich möchte wiederholen: in eigener Verantwortung. Da stand nichts von der Schaffung von Gesetzen. Es steht drin, dass wir ins Gespräch gehen sollen.

Frau Schwesig soll eine Aufwertung von Berufen zum Beispiel auf den Gebieten der Pflege oder frühkindlichen Bildung und Betreuung erreichen, weil genau dort viele Frauen beschäftigt sind. Ich kann ja nicht so tun, als wollte ich die Frauen in andere Berufe verschieben. Ich muss schauen, dass die Frauenberufe auch finanziell attraktiv sind.

Wen wundert's: Wenn wir uns die Biografie von Frauen anschauen, kommen wir zu dem Punkt, dass viele Frauen sich für Familienzeiten entscheiden. Deswegen werden wir nicht vorschreiben, dass Frauen das anders machen sollen. Wir wollen, dass Männer und Frauen sich so beteiligen, wie sie es als Familie entscheiden. Wir haben den Kita-Ausbau massiv angeschoben. Wir schieben natürlich auch den Bereich Ganztagschule an. Das sind Dinge, die in der Praxis dazu beitragen, dass Frauen und Männer entscheiden können, wie sie wählen.

Ich darf an dieser Stelle der Kollegin Brendel-Fischer danken, weil wir gemeinsam versucht haben, im Rahmen einer Projektgruppe Dinge aufzugleisen. Viele Kollegen haben sich die Zeit genommen, sich intensiv damit zu befassen. Ich bin mir sicher, dass Staatsministerin Müller und Staatssekretär Eisenreich in Kürze ein mit den kommunalen Spitzenverbänden ausverhandeltes Ergebnis vorlegen werden, in dem wir darstellen, wie wir das finanziell umsetzen können. Das sind die Schritte, mit denen wir Familien helfen. So kann jeder Einzelne und jede Einzelne entscheiden, wie seine oder ihre Biografie im beruflichen Alltag ausschauen soll.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir die Wirtschaft mit ins Boot nehmen wollen, müssen wir mit der Wirtschaft reden und können nicht sagen, wir machen Gesetze, und danach reden wir miteinander. Das muss anders herum gehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben ja Argumente. Ein Forschungszentrum in Paderborn spricht bei familienbewussten Unternehmen von einer Senkung der Fehlzeitquote um 12 % und von einer um 22 % niedrigeren Krankheitsquote, wenn ein Unternehmen sich familienfreundlich aufstellt. Da haben wir Argumente auf unserer Seite. Dann brauchen wir das Gespräch, um diese Argumente zu vermitteln. Genauso wissen wir, dass die Zahl der Eigenkündigungen bei Beschäftigten in solchen Unternehmen um 9 % niedriger ist.

Wir müssen als Frauen aber auch ein Stück weit kritisch an uns selber arbeiten; denn wir sind die Bildungsgewinnerinnen und müssen aufpassen, dass wir nachher auf dem Karriereweg nicht die Verliererinnen sind. Das bedeutet zum einen, Väter in die Pflicht zu nehmen. Das bedeutet, in Auszeiten Kontakt zu einem Unternehmen zu halten. Das bedeutet natürlich auch, sich weiterzuqualifizieren. Keine geeignete Maßnahme ist es - darüber wird nachgedacht -, an einem Schwarzen Brett Gehälter aufzudröseln. Das hat noch keiner einzigen Frau geholfen.

(Beifall bei der CSU)

In dem Koalitionsvertrag - ich habe es gerade vorgelesen - steht auch: Es ist dafür Sorge zu tragen, die Bereiche Pflege und Betreuung anders zu bewerten. Das ist eine gesellschaftliche Bewertung, aber auch eine finanzielle Bewertung. Ich würde mir wünschen, dass sich die Frau Bundesministerin in diesen Bereichen deutlicher auf den Weg machte, anstatt neue Gesetze zu planen. Auch Beamte können Gesetze planen. Wir Politiker sollten mit den Leuten reden und versuchen, dabei entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

Wir haben in Bayern starke Frauen und starke Männer. Es rentiert sich nicht, sie gegeneinander auszuspielen. Ich gebe Ihnen recht, dass wir trotz des Grundgesetzartikels, nach dem Frauen und Männer gleichberechtigt sind, nicht an allen Stellen ganz gleich behandelt werden. Da müssen wir jeweils einzeln hinschauen. Nichts bringt es aber, neben einem Gesetz, in dem das schon geregelt ist, ein weiteres Gesetz zu verabschieden. Wir müssen miteinander reden: Wir haben gute Argumente. Deswegen werden die Frauen weiterhin auf dem Vormarsch sein, im Übrigen auch in der CSU, ob es Ihnen gefällt oder nicht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Kollegin Ruth Müller von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist im wahrsten Sinne des Wortes die Stunde der Frauen. Das ist doch wirklich toll: lauter Frauen als Rednerinnen. Es wäre schön, wenn sich einmal die Männer für die Frauen einsetzen würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Kollegin Schreyer-Stäblein. Es mag schon sein, dass wir einen Parteivorsitzenden und einen Fraktionsvorsitzenden haben. Wir haben aber trotzdem einen höheren Frauenanteil im Parlament als die CSU.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Uns wurde vorgeworfen, dass wir nur - -)

Nachdem vorher angesprochen worden ist, dass die CSU den Kita-Ausbau in Bayern umgesetzt hat, müssen wir einen Blick in die Geschichte werfen: Rot-Grün hat die Idee gehabt, den Kita-Ausbau auf den Weg zu bringen. Rot-Grün hat die Finanzmittel dafür bereitgestellt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir haben es gemacht! – Markus Rinderspacher (SPD): Zwanzig Jahre danach!)

Dann erst ist es in Bayern gemacht worden. So ist es richtig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Die Frauen stehen jetzt im März gleich zweimal im Fokus: einmal am Sonntag zum Internationalen Frauentag. Dabei wird daran erinnert, wie viel sich die Frauen bereits erkämpft haben, wie zum Beispiel das Wahlrecht. Aber der Tag wird auch zum Anlass genommen, weltweit Gerechtigkeit für Frauen zu fordern. Mit Gerechtigkeit hängt auch der nächste Termin im März zusammen: Am 20. März ist Equal Pay Day, der die Verdienstlücke bei den Einkommen von Männern und Frauen thematisiert. Dieser Einkommensunterschied ist es, der den Frauen das Leben auf Dauer schwer macht. Dieser Einkommensunterschied hat eklatante Auswirkungen auf das Leben der Frauen im Alter. Ver.di hat ermittelt, dass die Höhe der Renten von Frauen im Vergleich zu Männern bei 56 % liegt. Während ein Mann mit einer Rente von

1.033 Euro rechnen kann, muss sich die Frau mit der Hälfte begnügen. Die Durchschnittsrente einer Frau beträgt nur 535 Euro. In der Oberpfalz, im Landkreis Amberg-Sulzbach, liegt sie mit 393 Euro noch einmal deutlich darunter.

Ich habe im Herbst 2014 eine Anfrage an die Staatsregierung gerichtet. Die Antwort darauf war: Die Höhe der Rente lässt keine Rückschlüsse auf die Lebenssituation zu, weil die meisten Frauen in einer Beziehung leben. Außerdem bekämen die Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung später meistens noch eine Witwenrente. Heißt die Perspektive für unsere Frauen in Bayern also weiterhin: heiraten und später von der Witwenrente leben? – Nein. Wir meinen, dass eine moderne bayerische Frauenpolitik dafür zu sorgen hat, dass erstens die Einführung des Mindestlohns als wichtiger Schritt erkannt und nicht mehr bekämpft wird.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Zweitens. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für Männer und Frauen zur Selbstverständlichkeit werden. Wenn Männer und Frauen ähnlich verdienen, fällt es leichter, die Familienarbeitszeit aufzuteilen.

Drittens. Die sozialen Berufe, in denen Frauen deutlich überrepräsentiert sind, müssen endlich besser bezahlt werden. Noch immer arbeiten überwiegend Frauen in diesen Berufen. Im Gesundheitsbereich beträgt der Frauenanteil 83,8 %. In dem Berufsfeld von Erziehung und Sozialarbeit beträgt der Anteil von Männern gerade einmal 13 %. Der Dienst am Menschen muss besser bezahlt werden. Krankenpflegerinnen und Erzieher sind systemrelevanter als Banken. Sie sorgen für die Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb finden wir es gut, dass die Gewerkschaft Ver.di dieses Thema aufgreift und eine Kampagne für bessere Verdienstmöglichkeiten in sozialen Berufen begonnen hat. Der Freistaat kann dazu auch seinen Beitrag leisten, indem er beispielsweise seinen Kofinanzierungsanteil für die Hausaufgabenbetreuung erhöht, damit die Kommunen in der Lage sind, den dort arbeitenden Menschen höhere Löhne zu zahlen. Damit die jungen Frauen von heute, die oft hervorragend ausgebildet sind, nicht wieder wie ihre Mütter und Großmütter in die Armutsfalle laufen, müssen wir umdenken und einen breiten gesellschaftlichen Konsens von Frauen und Männern schaffen, der Lohnungerechtigkeiten aufzeigt und beseitigt. Dann sind Frauen stark, und dann ist Bayern stark.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich erinnere an meinen Eingangssatz. Arbeiten Sie auch dafür und reden Sie nicht nur davon.

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen, dies wird dazu führen, dass in einigen Jahren im März nur noch der Internationale Frauentag stattfindet und gefeiert werden kann, während der Equal Pay Day eines Tages überflüssig wird.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde "Starke Frauen für ein starkes Bayern ..." lässt zumindest erkennen, dass Sie Bayern für stark halten. Das ehrt uns von der CSU sehr.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bayern gehört nicht euch allein! Sie brauchen sich nicht geehrt fühlen, wenn wir Bayern loben!)

Vor 25 Jahren habe ich immer einen Spruch gebracht, nämlich: Der frauenpolitische Fortschritt ist eine Schnecke. Ich habe das damals auch so empfunden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber ich kann Ihnen sagen: Meine beiden Töchter, die 25 Jahre später leben, empfinden das absolut nicht so. So haben sich in den letzten Jahrzehnten über Partei- und Verbandsgrenzen hinweg Frauen engagiert und gekämpft, um Verbesserungen für sich in allen Lebensbereichen zu erreichen. Wir haben das gut geschafft. Wir waren uns nicht immer in der Zielsetzung einig. Oft gab es bei den geforderten Maßnahmen einen Dissens, aber nicht bei der Zielsetzung. Dass Frauen in den letzten Jahrzehnten zu den Bildungsgewinnerinnen zählen, ist unbestritten. In dem vor uns liegenden Jahrzehnt werden sie noch zielstrebigere als bisher die Karriereleiter erklimmen. Das können wir Ihnen voraussagen.

Die CSU-Fraktion setzt sich dabei für eine noch erfolgreichere Entwicklung vor allem im öffentlichen Dienst ein. Wir haben hier eine absolute Transparenz, was das Gehaltsgefüge anbelangt; das wissen Sie sehr wohl. Im Tarifbereich bestimmt die Entgeltordnung der Länder, welche Tätigkeit welcher Entgeltgruppe zuge-

ordnet ist. Bei den Beamten gilt Entsprechendes für das Bayerische Besoldungsgesetz.

Wir haben 1996 das Gleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt, und es ist seit 2006 weitergeführt worden. In diesem Jahr steht ein weiterer Bericht an, und wir sind gespannt auf die erkennbaren Trends. Es wird sich eine gute Entwicklung abzeichnen, auch wenn wir noch nicht an dem Ziel angelangt sind, das uns vorschwebt. Das können wir Ihnen zusagen.

Wir haben im Übrigen in Bayern nach wie vor die höchste Frauenerwerbsquote, und zwar über alle Branchen hinweg. Wir haben von 1996 bis 2012 den Frauenanteil in Führungspositionen von knapp 15 % auf mittlerweile über 36 % erhöht. Was ist dafür die Ursache? - Basis für diese Entwicklung sind unter anderem der starke Anstieg von exzellenten Bewerberinnen sowie die Tatsachen, dass wir bei frei werdenden Funktionsstellen ein besonderes Augenmerk auf Frauen legen und – auch Kollegin Schreyer-Stäblein hat es bereits ausgeführt – dass berufliche Verzögerungen durch Geburt oder Betreuung ausgeglichen werden. Dennoch besteht auch unserer Meinung nach noch Luft nach oben. Die Datenlage ist absolut ausbaufähig. Beim Blick auf die schönen Tabellen der einzelnen Ressorts möchten wir auch die entsprechenden Prozentwerte gesteigert wissen.

Zwar ist mehr als die Hälfte der Bediensteten des Freistaats weiblich, jedoch wollen wir zeitnah mehr Frauen für Führungspositionen gewinnen. Durch mehr flexible Arbeitszeitmodelle und familienpolitische Teilzeitangebote wird das auch geschafft werden. Telearbeit und beispielsweise Ferienbetreuung durch Behördenkooperationen, wie sie in Bayern in allen Regierungsbezirken bereits gelebt werden, können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wohlwollend begleiten. Deshalb hat die CSU-Fraktion im Übrigen bereits 2012 die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, den Ausbau von Tele- und Wohnraumarbeitsplätzen voranzutreiben und personalverantwortliche Entscheiderinnen und Entscheider konsequent dahingehend zu schulen, dass beschäftigten Männern und Frauen aufgrund ihrer besonderen Lebensumstände passgerechtere Stellen angeboten werden können. Mir ist sehr wohl wichtig, dass die Damen und Herren Ministerialdirektoren in den einzelnen Häusern darauf ein Auge haben.

Im vergangenen Jahr wurden die Ressorts in einem weiteren Antrag unserer Fraktion aufgefordert, an Dienststellen mit nicht anderweitig gedecktem Bedarf an Kinderbetreuung diesen entsprechend zu organisieren. Wir haben Reglements verändert, wonach auch Bedienstete des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel im Schichtdienst bei der Polizei arbeitende Be-

amte, die Möglichkeit haben, eine entsprechende Förderung zu erhalten, damit die Kosten nicht zu hoch werden, wenn besondere Betreuungsfenster erforderlich sind. Wir schlafen also nicht. Wir haben sehr viel auf den Weg gebracht, und es wird auch noch einiges passieren. Sie bekommen anscheinend nicht alles mit.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig ist – wir müssen das noch stärker betonen –, dass die genannten Angebote zu einer besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufswelt auch in männlichen Biografien gleichermaßen als selbstverständlich angesehen werden. Es braucht einen Bewusstseinswandel. Den Bewusstseinswandel können wir aber politisch nicht per Gesetz verankern. Das werden Sie verstehen. Es tut deshalb not, möglichst viel vorzuleben. Ich erkenne in der jüngeren Generation und der Generation mittleren Alters, dass dies immer mehr umgesetzt wird.

Auch die Teilnahme an Fortbildungen oder der Zugang zur Aufstiegsqualifizierung stellt eine wesentliche Voraussetzung für weibliche Berufskarrieren dar. Ich will keine Quoten vorschreiben. Vielmehr muss von den jeweiligen Verantwortungsträgern in den Ressorts in regelmäßigen Abständen genauer hingesehen werden. Das gilt auch für die Mitglieder des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes und für uns Landtagsabgeordnete. Es muss beobachtet werden, wie sich die Entwicklung darstellt.

Wir wollen im Übrigen auch bei den staatlichen Beteiligungsunternehmen mehr Frauen in den Aufsichtsräten und Vorstandsgremien sehen. Das wird geschehen – da bin ich sicher –; denn der Weg geht dahin, dass wir immer mehr Referatsleiterinnen haben werden, und das führt letztlich zu einer entsprechenden Mischung.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): In 100 Jahren!)

Ich habe vorhin schon gesagt: Der frauenpolitische Fortschritt ist eine Schnecke. Ich kann Ihnen versichern: Die Schnecke ist mittlerweile sehr schnell geworden und gleicht einer Marathonläuferin. Wir sind hier gut drauf.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Redezeit erinnern?

(Zurufe von der SPD)

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): - Keine Aufregung. - Mit dem "Familienpakt Bayern", den unser Minister-

präsident Horst Seehofer durch Einsetzung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe in Gang gebracht hat, werden weitere Zeichen gesetzt, dass unsere öffentliche Verwaltung in Bayern Vorbild und Taktgeber für gleiche Chancen und Gleichstellung von Männern und Frauen bleibt und weiterhin an einer entsprechenden Entwicklung arbeitet. So viele weibliche Vorbilder, wie wir sie momentan haben, hatten wir in Bayern noch nie.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Redezeit erinnern?

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Haben wir nicht noch Zeit von vorhin übrig?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei den FREIEN WÄHLERN war nach einer Minute schon der Strom weg!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, sprechen Sie bitte zu Ende. Ich erkläre das gleich nachher.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich höre auf. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass der von Ihnen immer wieder geforderte Reglementierungszwang weder den Frauen noch den Männern in Deutschland helfen wird. Wir haben einen guten Kurs, den wir weiterhin so halten werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der Frau Staatsministerin das Wort erteile, darf ich Sie darauf hinweisen, dass wir jeweils eine Gesamtredezeit für eine Fraktion haben. Nachdem Frau Kollegin Schreyer-Stäblein ihre Redezeit von zehn Minuten nicht ausgenutzt und über eine Minute übrig gelassen hat, war es völlig korrekt,

(Ruth Müller (SPD): Nein, sie hat drei Minuten überzogen!)

dass ich Frau Kollegin Brendel-Fischer eine Überziehungsmöglichkeit gegeben habe. Als sie jedoch an diesem Punkt angelangt war, habe ich sie auf die Überziehung der Redezeit hingewiesen. Das nur zu Ihrer Information, damit die Regeln eingehalten werden. - Jetzt hat Frau Staatsministerin Müller das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der Frauen hat sich in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten, enorm verändert. Die Gesellschaft hat sich verändert. Die Frauen sind heute weitaus besser ausgebildet als die Generatio-

nen vorher. Auch in der Politik sind Frauen heute eine Selbstverständlichkeit. Das ist auch in der CSU der Fall. Ich darf sagen: Unter dem Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Horst Seehofer ist bei uns in den Vorständen eine Quote von 40 % eingeführt worden. Ich möchte aber klar sagen: Wir in Bayern sind stark, weil wir starke Frauen haben. Gott sei Dank! Der Landtag hat mit Präsidentin Barbara Stamm eine starke Frau an der Spitze.

(Beifall bei der CSU)

Von elf Kabinettsmitgliedern sind fünf Ministerinnen. Das ist eine Quote von 45,5 %.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist aber keine Maßnahme gegen weibliche Altersarmut!)

In der Staatskanzlei gibt es eine Amtschefin. Wir haben eine Vorsitzende der Landesgruppe in Berlin. Mit Angelika Niebler haben wir eine Vorsitzende der Europagruppe. Frauen sind ganz einfach selbstverständlich in Führungspositionen. Wir wollen einen starken Anteil von Frauen in Führungspositionen. Ich möchte einmal auf die Situation in diesem Parlament hinweisen: Die Anzahl der Frauen in der CSU-Fraktion ist weitaus größer als die gesamte Fraktion der GRÜNEN. Das möchte ich in diesem Zusammenhang in aller Deutlichkeit feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem: Die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland ist in Bayern seit Langem Realität. Die Gleichstellung ist nicht nur in der Verfassung ausdrücklich als Handlungsauftrag an den Staat niedergeschrieben. Für die öffentliche Verwaltung hat der Bayerische Landtag im Jahre 1996 sogar ein eigenes Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet. Die Frauenerwerbstätigenquote in Bayern liegt bei 71,9 %, damit weit über der des Bundes von 68,8 %. Die Müttererwerbstätigenquote liegt in Bayern bei 75,6 %. Das ist beachtlich.

(Ruth Müller (SPD): Was sind das für Jobs?)

Ziel der Frauen- und Gleichstellungspolitik darf es aber nicht sein, alle Frauen auf ein einziges Lebensmodell zu trimmen, nämlich auf das der vollzeiterwerbstätigen Frau.

(Beifall bei der CSU)

Das stimmt auch mit der Lebenswirklichkeit und den Wünschen vieler Frauen und Familien nicht überein. Frauen haben heute unterschiedlichste Biografien. Sie haben Familien mit Kindern, sind kinderlos oder

alleinerziehend. Viele arbeiten in Vollzeit, Teilzeit oder bleiben zu Hause und erziehen ihre Kinder. Auf diese unterschiedlichen Biografien muss die Politik heute eine Antwort geben. Wir dürfen auch nicht suggerieren, jede Frau müsse Karriere machen und werde nur an der Karriere gemessen. Das ist nicht unsere Auffassung von Frauenpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Unser Ziel ist es, Chancengleichheit zu ermöglichen. Dafür müssen wir ganz klar differenzieren, was wirkliche Benachteiligungen und was lediglich unterschiedliche Präferenzen von Frauen und Männern sind. Wir begleiten daher auf Bundesebene die Frauenquote konstruktiv. Wir stehen zur Frauenquote.

(Ruth Müller (SPD): Super!)

Sie darf aber nicht zu einer übermäßigen Bürokratie für die Wirtschaft führen, wie das jetzt beim Mindestlohn der Fall ist. Bürokratie wäre alles andere als positiv für die Frauen und ihre Ziele.

(Volkmar Halbleib (SPD): "Bürokratie" ist immer euer Schlagwort, wenn ihr etwas nicht wollt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Gleichstellung von Frauen und Männern ist gerade der öffentliche Dienst ein Vorreiter. Ende dieses Jahres werden wir dem Landtag turnusgemäß mit dem Gleichstellungsbericht aktuelle Zahlen vorlegen. Frau Dr. Strohmayr, Sie haben das vorhin angemahnt. Sie wollen Zahlen und Fakten. Das alles werden wir Ende des Jahres liefern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also doch eine Fortschrittsschnecke!)

Ich bin stolz, dass der Freistaat Bayern mit einer Quote von 36,5 % bei den Frauen in Führungspositionen als Vorbild vorausgeht. Allerdings sehe ich noch weitere Potenziale bei der Förderung qualifizierter Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst. Daran arbeiten wir, und ganz speziell ich als Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung. So haben wir beispielsweise im Sozialministerium über 130 Arbeitszeitmodelle. Auch das Führen in Teilzeit ist für Frauen in meinem Ministerium heute gelebte Realität.

Was derzeit in der Presse zur Entgeltgleichheit diskutiert wird, entbehrt jeder Grundlage. Es gibt bisher kein Eckpunktepapier, geschweige denn einen Gesetzentwurf dazu. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist verankert, dass die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen zu fördern ist. Dahinter stehen wir auch. Man sollte dabei jedoch nicht an dem Ast sägen, auf dem man gerade sitzt. Auch hier

gilt: Keine übermäßige Bürokratie für die Wirtschaft; denn das würde die Sache der Frauen mit Sicherheit nicht fördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wirkliche Chancengleichheit bedeutet mehr als Entgeltgleichheit oder Frauen in Führungspositionen. Die Weichen werden viel früher gestellt, spätestens bei der Berufswahl. Frau Kollegin Schreyer-Stäblein hat es vorhin angesprochen: Wir unterstützen das Auflösen von traditionellen Rollenbildern durch eine frühzeitige Sensibilisierung von Jugendlichen. Dazu haben wir den Jugendwettbewerb "Rollenbrecher 2014" und die Verleihung eines Gender-Preises durch die Stiftung "Prix Jeunesse" ins Leben gerufen. Wir beteiligen uns außerdem am Girls' Day und am Boys' Day.

Wichtig ist, den notwendigen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft voranzutreiben. Alles andere wäre ein volkswirtschaftlicher Schaden; denn viele Frauen sind heute hoch qualifiziert und bestens ausgebildet. Sehen wir uns einmal die Zahlen an den Hochschulen an: Die Absolventen sind zu 49 % Frauen. Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern hat sich die Quote erhöht. Der Anteil weiblicher Absolventen liegt hier bei 28,2 %. In den MINT-Fächern verändert sich also enorm viel.

Wir unterstützen Frauen vor allem durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Familien. Das wurde mehrfach angesprochen. Wir wollen eine Arbeitswelt, die modulare Lebensläufe ermöglicht. Wir möchten es Frauen erleichtern, gleichzeitig zu arbeiten und sich Zeit für die Familie zu nehmen. Der Freistaat unterstützt deshalb die Kinderbetreuung massiv. Bayern gibt über eine Milliarde Euro für Kinderbetreuungsangebote aus. Für jeden Elternteil besteht außerdem ein Anspruch auf Elternzeit zur Betreuung und Erziehung des Kindes bis zu seinem dritten Lebensjahr. So stellen wir die reibungslose Rückkehr in den Beruf sicher. Wir fördern außerdem die Frauen durch Wiedereinstiegs Hilfen in den Beruf.

(Beifall bei der CSU)

Eine bayerische Besonderheit ist der Familienpakt, den die Bayerische Staatsregierung mit der Wirtschaft geschlossen hat. Das Ziel ist die Erreichung einer dauerhaft besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist bundesweit einmalig. Wir gehen hier massiv voran. Meine Damen und Herren, eine wirkliche Gleichstellung erreichen wir nur, wenn dies auch von den Männern unterstützt wird und wenn wir die Männer dahin führen, dass sie ein modernes Rollenbild leben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, warum Sie ein starkes Bayern auf starke

Frauen reduzieren, bleibt natürlich Ihr Geheimnis. Das möchte ich gar nicht hinterfragen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir reduzieren gar nichts!)

Nur Frauen und Männer gemeinsam können eine starke soziale Gesellschaft schaffen und dazu beitragen, den sozialen Frieden auf Dauer zu gewährleisten.

(Beifall bei der CSU)

Für mich machen starke Frauen und starke Männer Bayerns Stärke aus.

(Beifall bei der CSU)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur ein Frauenthema. Hier hat bereits ein gesellschaftlicher Wandel begonnen. Die meisten Väter wünschen sich Zeit für die Familie. Die Weiterentwicklung des Elterngeldes geht mit der Erweiterung der Partnermonate in die richtige Richtung. Das Wunschmodell von immer mehr Paaren ist eine Rollenteilung. Frauen und Männer wollen sich gleichermaßen im Beruf und in der Familie entfalten. Auch die Wirtschaft ist auf den Mann von heute eingegangen. Schauen Sie sich einmal die heutigen Kinderwägen an. Dabei handelt es sich um Hightech-Geräte und Hightech-Maschinen, sodass auch Männer in der Öffentlichkeit gut mit ihren Kindern spazieren gehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben schon viel beim Thema Gleichstellung erreicht und treiben die bayerische Gleichstellungspolitik aktiv weiter voran; denn nichts geht auf Dauer ohne Frauenpower.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Liebe Frau Ministerin, Sie haben ihre Redezeit von zehn Minuten knapp überschritten. Mir liegt jedoch jetzt schon eine Anmerkung von Frau Gottstein von den FREIEN WÄHLERN vor. Sie möchten ihre fünf Minuten ausschöpfen. Das steht den Fraktionen auf Antrag frei. Frau Gottstein, Sie sind dran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin war ich wahrscheinlich etwas leichtsinnig. Nachdem die Redezeit öfter überzogen wird, war ich nicht darauf gefasst, dass ich relativ streng behandelt werde.

Ich wollte auf etwas hinweisen und bitte die Ministerin, sich hierzu zu äußern. Sie haben wie viele andere in

diesem Zusammenhang von der Auflösung von Klischees und Rollenvorstellungen gesprochen. Dabei ist mir ein netter Prospekt aus dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aufgefallen, der für "Bewegung" Reklame macht. Dieses Thema wäre meiner Meinung zwar besser bei Herrn Staatsminister Spaenle angesiedelt, jedoch kann es nicht genug Bewegung geben. Auffällig ist, dass alle 14 Bilder in dem Prospekt geschlechtsneutral gestaltet sind. Es gibt allerdings Bilder, auf denen Rollen zu erkennen sind: Ein kleiner Junge krabbelt in den Kindersitz eines Autos, und ein kleines Mädchen füllt die Waschmaschine.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist wahrscheinlich die Ermunterung, Mädchen für Technik zu begeistern, und die Werbung für MINT-Fächer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Frau Kollegin Strohmayr an das Rednerpult.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich kurz fassen. Es gilt jedoch, einiges auf die Wortmeldungen von der CSU zu erwidern. Ganz besonders ist mir zuwider, dass Sie immer wieder betonen, alles löse sich von allein: Wir Frauen seien heute doch super ausgebildet und hätten gute Noten; deshalb sei es klar, dass wir bald die Chefsessel erklimmen und mehr verdienen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf kann ich nur antworten: Genau das ist eben nicht der Fall. Es regelt sich nichts von alleine. Wir Frauen dümpeln seit Jahren dahin. Der Frauenanteil in den Führungsetagen hat sich in den letzten Jahren eben nicht verändert, jedenfalls nicht maßgeblich. Es handelt sich nicht um eine Veränderung, wenn eine Frau mehr einen Chefposten innehat. Das ist keine maßgebliche Veränderung, liebe Frauen. Das dürfen wir doch nicht hinnehmen!

Ich möchte Sie noch an eines erinnern: Frauen stellen 51 % der Bevölkerung dar. Deshalb sollten sie auch ausgewogen in der Politik, in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst vertreten sein. Längst ist wissenschaftlich erwiesen, dass Männer und Frauen gemeinsam, dass gemischte Teams viel erfolgreicher sind. Diese Ergebnisse aus der Wissenschaft sollten endlich auch Anwendung in Bayern finden. Die Frauen sollten eine Chance erhalten. Starke Frauen für ein starkes Bayern – das sollte unsere Zukunftsvision sein.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde nun beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. a. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eignungsdiagnostische Verfahren mit beratendem
Charakter für Lehramtsstudenten (Drs. 17/3979)**

Ich eröffne nun die Aussprache. Ich weise darauf hin, dass die Gesamtredezeit der Fraktionen nach der Geschäftsordnung 24 Minuten beträgt. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung ergibt sich wie folgt: CSU 8 Minuten, SPD 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, GRÜNE 5 Minuten und Regierung 8 Minuten. - Erster Redner ist Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Motiviertes und engagiertes Bildungspersonal ist der Motor für ein leistungsstarkes Bildungssystem und der Garant für eine hohe Bildungsqualität. Ich glaube, in dieser Aussage sind wir uns alle einig. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw – schreibt in ihrer Zwischenbilanz zum Thema "Burn-out im Bildungssystem" im Dezember 2014 – ich zitiere –: "Die Gesundheitsförderung und Prävention psychischer Belastungen stellen eine dringende und nachhaltig zu verstärkende Aufgabe der Länder dar." Dazu muss

ich sagen: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, beide Aussagen ergänzen sich. Beide legen zugrunde, dass wir geeignete, motivierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer – die besten Kräfte! – für eine lange Schullaufbahn benötigen. Für dieses Ziel ist es nötig, an verschiedenen Stellschrauben zu drehen, um voranzukommen.

Eignungsdiagnostische Verfahren mit beratendem Charakter für Lehramtsstudenten halten wir FREIEN WÄHLER aufgrund der guten Erfahrungen, die an der Universität Passau und an der Technischen Universität München damit gemacht wurden, für einen wichtigen Baustein, ein wichtiges Puzzleteil, um die besten Kräfte für den Lehrerberuf zu gewinnen.

Wir FREIEN WÄHLER haben bereits im Frühjahr 2014 einen ähnlichen Antrag eingebracht, der zum Ziel hatte, an jeder Universität ein geeignetes Eignungsberatungsverfahren für angehende Lehrkräfte zu schaffen. Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass junge Menschen aus Überzeugung Lehrer werden und diesen wichtigen pädagogischen Beruf nicht aus der Not heraus wählen. Wir FREIEN WÄHLER halten diese Eignungsberatungsverfahren für Lehramtskandidaten für ein probates Mittel. Ich will nicht verhehlen, dass im Laufe eines Studiums noch weitere folgen müssen. Junge Menschen können sich nämlich mithilfe solcher Eignungsberatungsverfahren frühzeitig mit den Chancen, aber auch mit den Erwartungen eines Berufsfeldes auseinandersetzen und eine fundierte Studienauswahl treffen.

Immerhin hat das Ministerium der damaligen Forderung unseres Antrags Folge geleistet und einen bayerischen Online-Test "SeLF: Selbsterkundung zum Lehrerberuf mit Filmimpulsen" auf seine Homepage gestellt. Das begrüßen wir sehr. Mit unserem Antrag haben wir jedoch damals bereits gefordert, dass es an jeder Universität auch ein Eignungsberatungsverfahren vor Ort gibt. Wir haben uns nicht explizit für ein Verfahren oder einen bestimmten Zeitpunkt ausgesprochen. Ob das Verfahren zum Einstieg oder nach dem ersten oder zweiten Semester durchgeführt wird, ist durchaus variabel zu handhaben.

Dennoch hat die CSU-Fraktion unseren Antrag abgelehnt, weil sie der Meinung war, diese Eignungsberatungsverfahren seien nicht ausgereift. Kollege Lederer führte in seiner Plenarrede am 8. April 2014 an, dass es in der Wissenschaft noch keinen breiten Konsens über die Kriterien gebe, die einen guten Lehrer ausmachen. Meine Damen und Herren, lieber Kollege Lederer, ich glaube, wir müssen auch noch lange darauf warten, bis es in der Wissenschaft diesen breiten Konsens gibt. Die Kriterien für einen guten Lehrer liegen auf dem Tisch: Das sind überzeugende Selbst-

und Fachkompetenzen; der Lehrer muss letztendlich durch seine Persönlichkeit überzeugen.

Dazu brauchen wir keine Langzeitstudien und keine Prognosen. Wir können diese Forderung mit unserem Antrag heute gemeinsam auf den Weg bringen; wir wollen mit unserem Antrag eine Öffnungsklausel für die Lehramtsprüfungsordnung I. Damit könnten die einzelnen Universitäten ermächtigt werden, in einem Modellversuch alle Studierenden, die ein Lehramtsstudium aufnehmen, zur Teilnahme an einem wissenschaftlich begleiteten eignungsdiagnostischen Verfahren mit beratendem Charakter zu verpflichten. Nur so können wir die Erfahrungen gewinnen, um letztendlich Studien auf den Weg zu bringen.

Mit unserer Forderung stehen wir nicht alleine: Der Bayerische Landespersonalausschuss hat in seinem Jahresbericht 2013 die Einführung einer solchen Öffnungsklausel ausdrücklich gefordert. Im Jahresbericht 2013 sind ganz bemerkenswerte Dinge zu lesen. Ich sage deswegen: Die von Ihnen geforderten Studien sind nur vorgeschoben. Auf Seite 45 ist zu lesen, dass der LPA schon 2012 davon ausgegangen ist, dass das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst erforderlichenfalls die Grundlagen für Regelungen schafft. Auf Seite 46 ist zu lesen: "Im Jahr 2013 legte das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ... einen geänderten Entwurf einer Verordnung zur Änderung der LPO I vor." – Ich zitiere weiter –: "Die Empfehlungen des Landespersonalausschusses, eine Ermächtigung für einen Modellversuch im Hinblick auf eignungsdiagnostische Verfahren mit beratendem Charakter einzuführen, wurden dabei nicht aufgegriffen."

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als die Offenlegung der Untätigkeit des Ministeriums. Es hat sich nämlich nichts getan. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, wenn Sie wirklich Längsschnittuntersuchungen wollen, dann stimmen Sie unserem Antrag heute zu und treiben Sie das Ministerium endlich zum Handeln an. – Vielen Dank. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte jetzt Kollegen Lederer zum Rednerpult.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens, Herr Felbinger: Die LPO I ist nicht die geeignete Norm, um Ihr Anliegen zu verankern.

Zweitens. Ihr Antrag ist nicht zielführend. Deswegen werden wir ihn, drittens, auch heute im Plenum wie in jedem Ausschuss, in dem er behandelt wurde, ablehnen, und zwar nicht alleine, sondern wieder gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN. Ich denke, wir alle sind uns einig – und das haben Sie auch herausgehoben –, dass eine frühzeitige Beratung von Lehramtsstudenten sinnvoll ist. In Ihrem Antrag schreiben Sie, dass ein Drittel der Lehramtsstudenten nicht für den Beruf geeignet sei. Letztes Jahr haben Sie im Plenum als Größenordnung 40 % genannt. Ich weiß nicht, ob diese Zahl stimmt; das sei auch dahingestellt. Tatsache ist, dass es solche Fälle gibt. Deswegen ist es wichtig, jungen Studierenden Orientierung zu geben und Hilfestellung zu leisten. Genau deswegen ist Studienberatung sinnvoll; darin sind wir alle einer Meinung.

Aber genau aus diesem Grund gibt es doch bereits eine ganze Menge Angebote: die zentrale Studienberatung ist allen Hochschulen angegliedert – dort werden Informationsveranstaltungen abgehalten bis hin zu speziellen Beratungen zum Lehramtsberuf –,

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

oder das Münchner Zentrum für Lehrerbildung – dort wird eine begleitende Eingangsberatung angeboten, es wird eine Beratung während des Studiums angeboten, und, was aus meiner Sicht ganz besonders wichtig ist, Trainingsmaßnahmen zum Ausgleich vorhandener Defizite; denn die jungen Menschen entwickeln sich im Laufe ihres Studiums. Wir wissen nicht erst seit der Anhörung 2009, dass die Einschätzung bezüglich der Eignung zu Beginn eines Studiums besonders schwierig ist, weil sich die jungen Menschen während des Studiums, wie ich gerade ausgeführt habe, weiterentwickeln.

Deshalb ist die Aussagekraft solcher Eignungstests zu Beginn des Studiums relativ. Sie haben vorher "PARcours" angesprochen. Ich habe noch ein paar Zahlen im Kopf: 75 Studierende haben sich bei "PARcours" angemeldet. Wenn es so ist, wie Sie letztes Jahr gesagt haben, dass 40 % dieser Studierenden nicht geeignet sind, dann hätten bei "PARcours" 30 Studierende identifiziert werden müssen, die nicht für das Lehramt geeignet sind. Wie viele wurden tatsächlich durch dieses Beratungsverfahren identifiziert? – Ganze zwei. Das heißt, rund 95 % derjenigen, die hätten identifiziert werden müssen, wurden damit nicht identifiziert. Das zeigt doch ganz klar, dass diese Verfahren noch nicht ausgereift sind. Das Kriterium "Ein Lehrer muss überzeugend sein", das Sie genannt haben, ist wohl nicht das einzige zutreffende Kriterium.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Aber ein wichtiges!)

- Ein wichtiges – da gebe ich Ihnen recht –, aber es ist nicht das einzige. Darauf müssen wir aufbauen. Genau deswegen ist die Forschung notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Frau Gottstein, damit wir die Kriterien herausfinden, ist Forschung an unseren Universitäten notwendig. Da forscht nicht nur Passau,

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

da forscht Würzburg, da forscht die LMU. Diese Forschungen müssen wir zugrunde legen und dürfen nicht nur die "Überzeugungskraft" nach vorne setzen. Dazu ist aber eine Änderung der LPO überhaupt nicht notwendig; das funktioniert unter den jetzigen Gegebenheiten schon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, reden Sie doch mal mit den Vertretern der bayerischen lehrerbildenden Universitäten. Sie bekommen dann eine ziemlich einhellige Meinung; die sagen nämlich: Anstelle einmaliger Eignungsfeststellungstests zu Beginn eines Studiums wäre es besser, eine studienbegleitende Beratung durchzuführen.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Deswegen gibt es schon so viele Dinge bei uns in Bayern. Der Online-Test "SeLF", wurde übrigens nicht aufgrund Ihres Antrags gemacht, sondern er war zu der Zeit, als Ihr Antrag beraten wurde, schon längst in Arbeit.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Richtig! – Widerspruch der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Er wird übrigens sehr gut genutzt: täglich gibt es rund 100 Aufrufe dieser Seite.

Das Nächste: Zum Studienbeginn gibt es ein Orientierungspraktikum mit verpflichtendem Beratungsgespräch. Das ist am Anfang ganz wichtig. Es gibt aber auch während des Studiums insgesamt drei Praktika, bei denen nicht nur Beratung geboten wird, sondern auch eine Reflexion. Das heißt, ein einfaches Absitzen dieser Praktika ist nicht mehr möglich.

Darüber hinaus gibt es an unseren Universitäten einen ganzen Strauß von Möglichkeiten für die jungen Studierenden: von Mentoren-Systemen, Lehrer-Studenten-Tandems über Lehrlernlabore, Kooperations-

schulen bis hin zu Uni-Klassenzimmern, bei denen Videoauswertungen zu Unterrichtssequenzen gemacht werden, die die Studierenden vor der Klasse bewältigt haben, um ihre Vorzüge, aber auch Defizite aufzuzeigen. Dann kann man an den Defiziten arbeiten. Deswegen ist das Ganze so wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Nicht zuletzt ist das Referendariat mit dem eigenverantwortlichen Unterricht eine unglaublich gute Vorbereitung auf die Praxis.

Wir müssen aber auch das Thema Polyvalenz an unseren Universitäten weiter vorantreiben, damit die Studierenden, die während des Studiums erkennen, dass der Beruf für sie vielleicht nicht der geeignete ist, ohne Umweg in eine andere Richtung, zum Beispiel Bachelor oder Master, gehen können.

All das ist aber jetzt schon möglich; all das wird an unseren Universitäten in Bayern schon jetzt geboten, es bedarf keiner Gesetzesänderung, schon gar nicht einer Änderung der LPO I. Aus diesen Gründen haben wir im Bildungsausschuss gegen diesen Antrag gestimmt. Wir waren in der Ablehnung – ich habe es eingangs betont – aber nicht alleine. Auch die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN haben sich gegen diesen Antrag ausgesprochen – nicht weil er von den FREIEN WÄHLERN kam, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass die Möglichkeiten, die jetzt bei uns in Bayern geboten werden, ausreichen, aber natürlich weiter forciert werden müssen. Dazu brauchen wir Langzeitstudien; dazu brauchen wir Forschung. Wir wissen alle: Forschung und Lehre stehen in der Freiheit der Universitäten. Die haben die Lage schon längst erkannt und forschen genau auf diesem Gebiet. Lassen Sie uns hier doch bitte von wissenschaftlich fundierten Grundlagen ausgehen, nicht von Aussagen, die aus der hohlen Hand, aus der Erfahrung, vielleicht aus dem eigenen Berufsleben stammen. Lassen Sie uns hier auf wissenschaftliche Expertise zurückgreifen! – Dann sind wir, glaube ich, auch weiterhin auf dem richtigen Weg. – Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Lederer. – Frau Gottstein möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Herr Lederer, die Wissenschaft in Ehren, aber die Praxis sollte man auch nicht aus dem Auge verlieren. Sie haben gerade beispielsweise die drei Praktika sehr lobend erwähnt. Ich weiß nicht, ob Sie die Praxis wirklich einmal ver-

folgt haben oder ob man Ihnen das vielleicht nicht so genau aufgeschrieben hat.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Was haben Sie denn für eine Vorstellung? Wer soll denn da was aufschreiben?)

In der Praxis werden einer Schule sechs, sieben Praktikanten zugewiesen, die ein einziger Lehrer in einer Zeit, in der zum Beispiel auch Prüfungen stattfinden, betreut. Wenn's hoch kommt, bekommt der Lehrer eine Anrechnungsstunde dafür. Was meinen Sie? – Ich habe das oft genug machen müssen, und ich kenne sehr viele. Sie sollten wirklich einmal hinausgehen und solche Praktika verfolgen; dann würden Sie sehen: Das, was da an Beratung übrig bleibt, ist lediglich das Ausfüllen von Papieren, nicht mehr. Beim besten Willen geht da nicht mehr. Das liegt an der fehlenden Zeit draußen an den Schulen. Das hat nichts mehr mit Beratung zu tun. Ein beratender Lehrer ist froh, wenn er am Ende solch eines Praktikums von zwei oder drei Wochen Dauer weiß, wie der Student überhaupt heißt, geschweige denn, dass er dessen Fähigkeiten erkennen und beurteilen könnte.

(Widerspruch bei der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Zwischen dem, was Sie da sagen, und der Wirklichkeit liegen Welten!)

- Das ist so. Wenn Sie es nicht glauben, fragen Sie. Unsere Lehrer müssen ihre Kernaufgabe erledigen; für diese Beratung sind sie schlichtweg einesteils zu wenig ausgebildet, anderenteils sind sie dafür nicht mit genügend Zeit ausgestattet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Otto Lederer (CSU): Liebe Kollegin, ich weiß nicht, ob Sie das erkennen können.

(Der Redner hält seinen Stichwortzettel in die Höhe)

Ich habe meine Stichpunkte selbst aufgeschrieben; mir hat niemand meine Rede vorformuliert.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Punkt 1. – Punkt 2: Sie können versichert sein, dass ich mit Ihnen der Meinung bin, dass die Praxis unglaublich wichtig ist. Aber reden Sie einmal mit den Universitäten, den jungen Didaktik-Professoren. Dann sehen Sie, wie die auftreten, welche Erfahrung sie mitbringen. Sie kommen nicht nur einfach von der Universität und haben keinerlei Erfahrung, was draußen an den Schulen los ist. Hier passiert vielmehr unglaublich viel. Selbst im Studium für das Lehramt

an Gymnasien wird unglaublich viel in diesem Bereich getan.

Zu den Praktika, die Sie angesprochen haben: Wenn ein Lehrer, dem sechs oder sieben Studenten zugeteilt werden, wie Sie sagten, nach vier Wochen noch nicht einmal deren Namen kennt, muss ich bezweifeln, dass er sich mit seiner Aufgabe intensiv auseinandergesetzt hat. - Ich gehe davon aus – das wurde mir auch von verschiedenen Universitäten gesagt -, dass zwischen den Universitäten und den Schulen ganz besondere Beziehungen bestehen.

(Beifall bei der CSU – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das können Sie doch alles glatt vergessen!)

- Wenn Sie der Meinung sind, dass das alles nur auf dem Papier steht und dass man das alles vergessen kann, nun gut. Ich habe diesbezüglich mit Vertretern der Universitäten gesprochen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Reden Sie doch mit den Praktikern aus den Schulen, nicht mit den Leuten aus den Universitäten!)

Die haben mir versichert, dass das sehr, sehr gut funktioniert.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Gar nicht funktioniert das!)

- Wenn Sie hier andere Erfahrungen haben, tut mir das leid. Ich habe hier sehr, sehr positive Erfahrungen mit den Universitäten gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Jetzt bitte ich Frau Kollegin Margit Wild zum Rednerpult.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Lehrerbildung, die Lehrerbildung und die Eignung für den Lehrberuf sollten sachlich diskutiert werden. Bei diesem Thema sollten wir die Emotionen im Interesse der Sache etwas zurückfahren.

Der Kollege Lederer hat die verschiedenen Möglichkeiten für die angehenden Lehrerinnen und Lehrer dankenswerterweise ausführlich dargestellt. Es ist halt ganz einfach immer die Frage, wann wir mit der Beratung ansetzen. Ich gebe dem Kollegen Lederer recht, wenn er sagt, dass es möglicherweise zu Beginn eines Studiums schwierig ist; denn die jungen Frauen

und Männer, die mehr oder weniger frisch von der Schule kommen, haben ein bestimmtes, begrenztes Berufsbild vor Augen, das sich vor allem aus der eigenen Erfahrung speist, die sie in ihrer Schulzeit gemacht haben. Die kann sehr unterschiedlich sein. So mancher junge Mann, so manche junge Frau sagt möglicherweise: Das ist für mich ein sehr gut geeigneter Beruf. Es kann aber auch sein, dass erst während des Studiums festgestellt wird – bei dem einen oder anderen dauert es einfach länger -, dass das vielleicht doch nicht der richtige Weg ist. Eine studienbegleitende Beratung ist außerordentlich wichtig, weil man dabei gewisse Erfahrungen bespricht, die man etwa im Studium oder bei bestimmten Praktika gemacht hat, in denen man sich in der Lehrsituation gut ausprobieren kann. Ich sage auch als Pädagogin: Ein entscheidendes Moment ist hierbei die Fähigkeit zur Selbstreflexion. Man braucht einfach eine gewisse Erfahrung, um überhaupt reflektieren zu können.

Jetzt komme ich zum Online-Test SeLF, der noch relativ neu ist. Dieses Verfahren setzt meines Erachtens voraus, dass der Betreffende in der Lage ist, sich selber kritisch zu erkennen, wahrzunehmen und zu beurteilen. Wie gehe ich mit einer Klasse um? Bin ich eher ruhig oder eher ein lebhafter Typ? Bin ich eher kommunikativ oder eher zurückhaltend? Wie gehe ich mit Konfliktsituationen um? Bin ich bereit, auch mal Schwächen und Fehler einzugestehen? – Dieser Online-Test SeLF erfordert ein hohes Maß an Selbstreflexion, und ich weiß nicht, ob das immer der wahre Weg ist. Aber da sind wir noch am Anfang.

Auch das Modell, das die Universität Passau hierzu anbietet, wird immer wieder erwähnt. Wir haben letztes Jahr schon darüber gesprochen; dieses Verfahren ist ebenfalls erst relativ jung. Aber Kollege Lederer und auch die anderen Kollegen werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass dieses Verfahren sehr interessant ist. Das Assessment-Center bringt den Betreffenden in bestimmte, pädagogisch belastende Situationen, in denen er dann reagieren muss. Hinterher wird der Betreffende darüber beraten, wie er mit der jeweiligen Situation umgegangen ist. Dieses Instrument ist noch ausbaufähig.

In Gesprächen mit den Lehrerbildungszentren über diese Thematik kommt immer wieder zur Sprache – das ist unseres Erachtens ein sehr wichtiger Punkt -, dass derzeit noch kein Verfahren richtig gut evaluiert ist.

Das ist für mich schon wichtig; denn ich möchte die jungen Menschen nicht in Verfahren schicken, nach deren Abschluss sie mit ernüchternden Ergebnissen konfrontiert werden der Art: Sie sind für diesen Beruf

nicht geeignet. – Eine solche Beratung ist, meine ich, eine sehr sensible Sache.

Zu den Kollegen der FREIEN WÄHLER sage ich: Ich finde es wichtig, dass man bestimmte Dinge immer wieder thematisiert. Aber ich halte in diesem Fall gar nichts davon, die Teilnahme an einem eignungsdiagnostischen Verfahren verpflichtend vorzuschreiben. Ich kann mich nicht an in Berufsausbildungen oder Studiengängen verpflichtend vorgeschriebene Verfahren mit beratendem Charakter erinnern, in denen über Eignung oder Nichteignung entschieden wird. Das gibt es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Ich weiß auch, dass zunächst einmal das Fachwissen genannt wird, wenn ich Ihnen oder uns jetzt hier die Frage stelle, was wir von einem guten Pädagogen erwarten. Er braucht fachliche Kompetenz, er muss gerecht sein, er muss empathisch sein und muss seinen Schülerinnen und Schülern Wertschätzung entgegenbringen. Er muss mit Menschen demokratisch umgehen können, und er muss vor allem auch über diagnostische Verfahrensweisen Bescheid wissen. Er muss meines Erachtens eine sehr ausgereifte Persönlichkeit sein. – Wenn man das wirklich ernst nimmt, muss man sich hinsetzen und überlegen, wie man diesen sehr wichtigen Punkt innerhalb der gesamten Lehrerausbildung behandelt, wie man ihn einbaut, wie man mit ihm umgeht; denn die Eignung für den Beruf ist einfach sehr, sehr wichtig.

Ein Gesamtkonzept kann ich noch nicht erkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich sage ganz einfach: Lasst uns damit doch noch ein bisschen Zeit. – Ich halte nichts davon, etwas über das Knie zu brechen; denn dafür sind diese jungen Menschen wirklich viel zu wertvoll. Man braucht ein gutes Instrument und nicht etwas, woran man unter Zwang teilnimmt. Ich glaube, es gibt bereits gute Ansätze, beispielsweise die Begleitung im Referendariat. Vielen ist es sehr wichtig, dass sie in dieser Zeit gut begleitet, quasi an die Hand genommen werden und Reflexionsmöglichkeiten bekommen. Zwangs- und Eignungsdiagnosen, liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir für etwas verfehlt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende?

Margit Wild (SPD): Ja, ich bin schon am Ende, sehr geehrte Frau Präsidentin.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön.

Margit Wild (SPD): Wie schon gesagt, wir haben im Bildungsausschuss ausführlich diskutiert. Ich kann auch jetzt nur zu dem Fazit kommen: Das Ganze ist gut gemeint, aber noch nicht wirklich geeignet. – Wir werden den Antrag auch heute ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ministerpräsident, lieber Herr Kultusminister! Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an; denn die Qualität einer guten Schule hängt tatsächlich davon ab, ob es gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer an dieser Schule gibt. In diesem Zusammenhang wird häufig die Studie von John Hattie zitiert, in der er sagt, es kommt auch auf die Lehrer an. Aber man muss noch genauer hinschauen. Hattie sagt: It matters what the teacher does. – Es kommt also darauf an, was die Lehrerin oder der Lehrer im Unterricht tut, was sie oder er leistet. Das heißt, das hat sehr viel mit diagnostischer Kompetenz zu tun, mit didaktischer Kompetenz. Das ist aber etwas, was man im Laufe eines Studiums erlernen und im Verlauf einer Lehrerbiografie durch Weiterbildung verbessern kann.

Frau Kollegin Wild hat schon darauf hingewiesen, dass Lehrer zu sein auch eine Frage der Persönlichkeit, der Haltung ist. Es ist auch eine Frage der Fähigkeit, zuhören zu können, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Es geht darum, den Schülerinnen und Schülern zuzuhören. Es geht auch darum, offen zu sein gegenüber den unterschiedlichen jungen Menschen. Und schließlich geht es auch um Empathie, die man den jugendlichen Menschen, den Schülerinnen und Schülern entgegenbringt, eine Empathie übrigens, die nicht nur die Schülerinnen und Schüler erfahren müssen, die nett sind, sondern auch die, die schwierig sind, die stören, die vielleicht auch Ärger machen. Ein gutes Lehrerstudium muss deshalb auch die Persönlichkeitsentwicklung des Lehrers bzw. der Lehrerin zum Thema haben und in den Mittelpunkt stellen. Allerdings bringen junge Menschen im Alter von 19 oder 20 Jahren auch schon ein Gutteil Persönlichkeit mit, wenn sie dieses Studium beginnen. Deshalb sind Verfahren zu Beginn des Studiums hinsichtlich der Eignungsfeststellung und der Frage, wie jemand für dieses Studium motiviert ist, sicherlich gut. Das unterstützen wir. Dafür gibt es auch ein paar gute Beispiele an bayerischen Hochschulen und Universitäten.

Wir stimmen diesem Antrag der FREIEN WÄHLER trotzdem nicht zu, weil wir es für einen Schnellschuss

halten, wenn man durch eine Änderung in der Lehrerprüfungsordnung I diese Möglichkeit an den Universitäten verpflichtend einführen will. Wir glauben, hier muss noch viel getan werden. Lieber Herr Kollege Lederer, wir lehnen den Antrag der FREIEN WÄHLER nicht ab, weil wir glauben, dass es in Bayern schon so viel Tolles gibt, sondern wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir glauben, es muss bei der Lehrerbildung in Bayern noch viel getan werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat gibt es gute Beispiele, darauf haben Sie hingewiesen. Man muss aber genauer hinschauen und prüfen, wie viele Studentinnen und Studenten tatsächlich in den Genuss dieser Angebote kommen. Wie viele gehen tatsächlich in die Lernlabors, die es an den Hochschulen gibt? Wie viele machen denn die Coaching-Programme mit, die es dort gibt? - Das ist nur ein kleiner Teil. Man muss insgesamt sagen, an vielen Hochschulen ist die Lehrerbildung nach wie vor das fünfte Rad am Wagen. Wir müssen deshalb überlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wir die Hochschulen dazu bringen und wie wir sie dabei unterstützen, sich mehr und besser um die Lehrerbildung zu kümmern. Mein Eindruck ist: Manchmal fällt die Lehrerbildung zwischen der Abteilung für Bildung und Kultus einerseits und der Abteilung für Wissenschaft und Kunst andererseits einfach durch. Die eine Abteilung verweist auf die andere, obgleich beide Abteilungen mittlerweile ein Ministerium bilden. Eigentlich wäre also die Chance gegeben, jetzt wirklich einmal ein Konzept zur Lehrerbildung vorzulegen. Wir warten darauf; im Moment sehe ich aber noch nichts. Wir sind gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen überlegen, wie wir die Hochschulen unterstützen können. Ich denke, die Änderung der Lehrerprüfungsordnung ist dafür nicht der richtige Weg. Die Frage ist, ob wir über Zielvereinbarungen die Hochschulen dazu bringen können. Wenn wir nämlich als Land, als Kultusministerium, als Wissenschaftsministerium klar definieren, was wir unter guter Lehrerbildung verstehen, dann müssen wir das von den Hochschulen einfordern.

Schließlich komme ich noch zum Thema Geld. Gute Forschung und gute Lehre brauchen Geld. Wir brauchen mehr staatliche Drittmittel für gute Forschung und Lehre in der Lehrerbildung. Ich könnte mir einen Forschungsetat beim Kultusministerium vorstellen, aus dem konkrete Projekte an den Hochschulen in Auftrag gegeben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir eine Chance dafür; denn - und das muss man sagen - der Bund stellt 500 Millionen Euro für die "Qualitätsoffensive Lehrerbildung" zur Verfügung. Damit soll gerade im Bereich der Lehrerbildung geforscht werden. Ich hoffe, dass die bayerischen Universitäten – davon bin ich eigentlich überzeugt – sich mit guten Konzepten bewerben, sodass dann viel Geld nach Bayern kommt. So würden gute Dinge auf den Weg gebracht. Ich bin sicher, dass darunter gute Modelle zur Eignungsdiagnostik und zur weiteren Begleitung sein werden, die dann weiterentwickelt werden können.

Wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER also ablehnen. Wir sind aber dankbar dafür, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht haben. Sie können sicher sein, wir, die GRÜNEN-Fraktion, werden das Thema Lehrerbildung noch öfter auf die Tagesordnung des Hauses bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle zum Rednerpult.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Lehrerbildung ist eine der zentralen Aufgaben der Landesuniversitäten. Vor etwa zehn Jahren haben wir die Zentren für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung geschaffen, die der Lehrerbildung an den bayerischen Universitäten eine - wenn Sie so wollen - inhaltliche Adresse geben. Weil die Lehrerbildung einen so hohen Querschnittscharakter hat, ist sie eine ganz besondere Herausforderung für die Landesuniversitäten.

In einem ist Herrn Kollegen Gehring recht zu geben: Die Lehrerbildung hat bei der strategischen Planung der Universitäten nicht immer in der ersten Priorität gestanden. Das hat sich aber geändert, und das ändert sich weiterhin. Die Chance, die das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst in seiner jetzigen Form hat, ist die Zusammenschau. Wir haben die Frage, wie wir jungen Menschen möglichst früh helfen können, den richtigen Weg zu finden, zu einem ganz zentralen Thema gemacht.

Da ist zum einen die Frage, mit welchen Instrumenten man das tut. Die LPO I ist dafür aber schlicht und einfach der falsche Platz. Hinsichtlich der Eignungsfeststellung gibt es einen durchaus interessanten Ansatz an der Universität Passau. Insgesamt gesehen haben wir aber das Problem, dass Eignungsfeststellungen mit zugangshinderndem Charakter letzten Endes rechtlich angreifbar sind, nicht zuletzt durch die Grundrechtsthematik des Artikels 12 des Grundgesetz-

zes, der auch die Freiheit des Zugangs zum akademischen Studium zum Inhalt hat. Wir sind nun auf dem Weg, die Universitäten und Hochschulen zu ermächtigen, in ihrem Wirkungsbereich - und das gilt dann auch für Lehramtsstudiengänge - eine verpflichtende Eignungsberatung als Voraussetzung zur Immatrikulation zu verlangen. Die jungen Menschen müssten sich dieser besonderen Studienberatung für das Lehramtsstudium stellen, wenn sie diesen Studiengang aufnehmen möchten. In der Studienberatung sollte die Frage erörtert werden, ob ein Bewerber für einen solchen Weg geeignet ist. So würde das Thema frühzeitig angegangen.

Es stellt sich auch die fachliche Frage, ob die Eignungsfeststellungsverfahren so, wie sie bislang in Anwendung sind, Prognosesicherheit bieten. Ohne Zweifel ist die Frage notwendig, ob der Studiengang, ob das Berufsfeld für den Studierenden geeignet ist. Aber bietet eine Prüfung, ob jemand für einen Lehramtsstudiengang geeignet ist, eine sichere Prognose? - Das ist es, was Herr Kollege Lederer auch herausgearbeitet hat.

Festzustellen bleibt, dass sich die Universitäten, die Lehrkräfte ausbilden, seit fünf oder sechs Jahren in einer möglichst frühen Berufsbildorientierung mit ganz unterschiedlichen Formen engagieren. Die Ludwig-Maximilians-Universität beispielsweise hat einen Online-Test entwickelt, der sogar massentauglich ist; denn an der LMU gibt es über 9.000 Lehramtsstudierende. Deshalb setzt diese Universität die Benchmark, um eine erste Selbsteinschätzung vorzunehmen. Das wird sehr intensiv wahrgenommen und qualitativ sehr gut beurteilt. Wir haben eine ganze Reihe von Modellen, die alle Lehrerbildungszentren über ganz Bayern hinweg entwickelt haben. In der Frage der frühen Berufsfeldorientierung hat sich die Situation also deutlich verändert und verbessert.

Trotzdem halte ich das Grundanliegen für berechtigt, dass man jungen Menschen sehr früh die Möglichkeit gibt, auf der einen Seite logischerweise eine Fachwissenschaft zu studieren und sich auf der anderen Seite für einen Beruf zu entscheiden, der ganz besondere Voraussetzungen und Anforderungen mit sich bringt. Deswegen ist es sinnvoll, den jungen Menschen einige Instrumente an die Hand zu geben, damit sie eine Leitentscheidung für ihren persönlichen Lebensweg treffen können.

Insofern ist das Instrument zumindest eines verpflichtenden Eignungsberatungsgesprächs im Rahmen einer vertieften Studienberatung durchaus eine Option, die neben der allgemeinen Zurverfügungstellung klassischer Studiengänge auch für das Lehramt an

den bayerischen Landesuniversitäten ermöglicht werden soll.

Der Ansatz, sie in der LPO I zu verorten, ist schlicht und einfach falsch. Die Eignungsfeststellung in der bisherigen Form und in den bisherigen Formaten – der Kollege Lederer hat es angesprochen – ist in ihrer Prognosesicherheit und Validität zumindest noch begleitbar. Insofern ist die Entscheidung, die meine Fraktion vorgesehen hat, richtig.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache nun geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine AG (Drs. 17/4716)**

Ich eröffne nun die Aussprache und teile mit, dass die Gesamtredezeit wiederum 24 Minuten beträgt. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie beim vorhergehenden Punkt an der Redezeit der stärksten Fraktion: CSU 8 Minuten, SPD 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, GRÜNE 5 Minuten und die Regierung 8 Minuten. – Erster Redner ist der Kollege Dr. Magerl. Bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es darum, dass der Bayerische Landtag ein klares Votum in Richtung Staatsregierung und in Richtung Flughafen München GmbH abgibt, dass eine Umwandlung der Flughafen München GmbH in eine Aktiengesellschaft nicht erwünscht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Hintergrund des Antrags: Wir stellen ihn nicht vollmundig aus dem hohlen Bauch heraus, sondern weil es eine entsprechende Befürchtung gibt. Die Flughafen München hat in einer Ausschreibung zu

dem Thema der Jahresabschlussprüfung – es gibt bei den Gegnern einer dritten Startbahn Leute, die so etwas regelmäßig lesen – klar geschrieben, dass sie einen neuen Wirtschaftsprüfer sucht, der für alle Gesellschaften Prüfungen nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes macht. Dann geht es weiter – das ist der zentrale Punkt des Antrags –: Innerhalb des geplanten Vergabezeitraums ist von einem Börsengang der Flughafen München GmbH – in Klammern: IPO, also Initial Public Offering – auszugehen. Das heißt, in der Ausschreibung stand klar und deutlich: Die FMG möchte im Zeitraum von 2016 bis 2020 an die Börse gehen.

So etwas ist kein Versehen, wie es danach dargestellt wurde, so etwas kommt nicht versehentlich hinein und ist auch kein Schreibfehler. So etwas schreibe ich in eine Ausschreibung – das ist ja kein Pipifax – nur dann, wenn ich genau dies haben will. Das ist hier ein Faktum. Deshalb haben wir die schwere Befürchtung, dass die FMG zumindest im alten Jahr den Börsengang vorbereitet hat, und deshalb ist der Antrag richtig, wichtig und sinnvoll. Wir möchten auch, dass das ganze Hohe Haus heute zustimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Reaktionen von Herrn Kerkloh von der Flughafen GmbH waren so wie von einem kleinen Lausbuben, der erwischt worden ist und sagt: Das war alles nicht so, wir haben überhaupt nichts geplant. Aber die Ausschreibung spricht, wie gesagt, deutlich eine andere Sprache.

Worum geht es bei der ganzen Geschichte? - Die Flughafen München GmbH möchte, wenn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erfolgt ist, ganz klar und deutlich die Landeshauptstadt München mehr oder weniger ausschalten. München hat einen Anteil von 23 % und würde damit in einer Aktiengesellschaft unterhalb der Sperrminorität liegen. Damit wäre München sozusagen als fünftes Rad oder drittes Rad am Wagen weg und hätte bei der ganzen Geschichte nichts mehr mizureden. Bürgerentscheide zu dieser Angelegenheit wären in München nicht mehr möglich, und der Stadtrat wäre auch mehr oder weniger ausgeschaltet, wenn es so käme. Das ist aus meiner Sicht Sinn und Zweck der Übung.

Einige, auch Herr Söder, haben gesagt: Es ist nichts im Busch, es ist nichts geplant. Es gibt aber ein Spezialportal für Fragen rund um den Luftverkehr und um Flughäfen; es heißt "airliners". Da steht am 3. Dezember in Bezugnahme auf dpa:

Ein Sprecher des Flughafenbetreibers betonte jedoch, dass es derzeit keine konkreten Pläne

gebe. "Es gilt nach wie vor, dass wir für die Zukunft einen Börsengang nicht ausschließen."

Wir wollen mit unserem Antrag heute, dass dem klar und deutlich ein Riegel vorgeschoben wird und auch in Zukunft kein Börsengang angestrebt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Frage drängt sich mir bei der ganzen Angelegenheit noch auf: Was wusste eigentlich Herr Söder von der Ausschreibung? - Eine Ausschreibung, in der von einem Börsengang die Rede ist, läuft normalerweise nicht ohne Information der Eigentümer oder zumindest des Aufsichtsratsvorsitzenden. Es wäre gut, wenn Herr Söder hier einmal erklären würde, ob er davon gewusst hat oder nicht.

Es gibt noch viele andere Gründe, gegen eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu sein. Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte wären davon vermutlich ganz massiv tangiert, und wenn die Umwandlung erfolgt, wäre es um die Arbeitsbedingungen am Flughafen nicht besser bestellt als jetzt. Aber der Hauptgrund ist aus meiner Sicht das Umgehen des Münchner Bürgerentscheids, um durch ein Hintertürchen doch noch zu einer dritten Startbahn zu kommen, für die es keinerlei Bedarf gibt, wie man sieht, wenn man sich die weitere Entwicklung der Flugbewegungen auch in diesem Jahr – minus 0,8 % in den ersten acht Wochen – anschaut. Deshalb braucht es auch keinerlei Hintertürchen, die man mit einem Börsengang eröffnet. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich den Herrn Kollegen Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Am 3. Dezember hat es über die dpa die Meldung gegeben, die der Herr Kollege Magerl gerade zitiert hat. Am 3. Dezember war auch die Aufsichtsratssitzung der FMG. Ich zitiere jetzt aus der "Süddeutschen Zeitung":

Ein Börsengang der Flughafen München GmbH ist nicht geplant, ließ Finanzminister Markus Söder ... seine Sprecherin dazu ausrichten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Es wird keine Mauer gebaut!")

... Auf der vormittäglichen Sitzung des Flughafen-Aufsichtsrats habe Söder, der den Vorsitz in dem Gremium führt, einen "deutlichen Hinweis"

an die Flughafengeschäftsführung und Airport-Chef Michael Kerkloh gegeben Kerkloh kann damit seine Pläne für einen möglichen Börsengang ... einstampfen.

Die Stellungnahme der FMG zu der Presseveröffentlichung:

Angesichts aktueller Pressespekulationen über einen möglichen Börsengang der Flughafen München GmbH (...) legt die FMG Wert auf die Feststellung, dass es keine Pläne für einen solchen Schritt gibt. Über Veränderungen in der Eigentümerstruktur oder einen möglichen Börsengang entscheiden im Übrigen ausschließlich die Gesellschafter des Unternehmens.

Die Medien beziehen sich in ihrer Berichterstattung zu diesem Thema auf eine fehlerhafte Formulierung in einer öffentlichen Ausschreibung der FMG für einen Wirtschaftsprüfer ...

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann können Sie dem Antrag ja zustimmen!)

Nachdem kein Börsengang geplant ist, gibt es also keinen Handlungsbedarf.

Ein Zweites. Lieber Kollege Magerl, man muss schon unter einem gewissen Verfolgungswahn leiden, wenn man in allem, was auf der Welt passiert, eine Rückwirkung auf die dritte Startbahn am Flughafen München sieht. Sie wissen doch haargenau, dass es diverse Flughäfen in Deutschland und Europa gibt, die ohne jeden Zusammenhang mit einer Startbahn in eine Aktiengesellschaft umfirmiert haben, beispielsweise die Fraport AG am Standort Frankfurt vor einem völlig anderen Hintergrund als einer Startbahn.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben nie behauptet, dass das der einzige Zweck ist!)

– Herr Aiwanger, Sie haben seit letzter Woche nichts dazugelernt. Sie schreien immer noch dazwischen und hören immer noch nicht zu.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich hatte gehofft, Sie hätten dazugelernt!)

Was Sie machen, ist wirklich nervig. Lernen Sie halt einmal parlamentarisches Benehmen! Sie sind wirklich nervig mit Ihrer dauernden Dazwischenschreierei.

(Beifall bei der CSU)

Sie ist auch genauso unintelligent wie letzte Woche. Das geht mir jetzt wirklich auf den Nerv; denn Sie rufen immer nur dazwischen, nicht einmal in ganzen

Sätzen, und stören die Redner. Benehmen wäre nicht schlecht.

(Zurufe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir wollen uns wieder konzentrieren und keine Dialoge führen.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Eine Aktiengesellschaft hat also auch andere Aufgaben, wie sie zum Beispiel in der Fraport AG wahrgenommen werden. Wir würden nicht im Interesse unserer Beteiligungsgesellschaft handeln, wenn wir uns jetzt freiwillig beschränken würden aufgrund einer unbegründeten Angst vor einer völlig anderen Auswirkung.

Darum muss ich Ihnen sagen: Der Antrag hat so keinen Sinn mehr; er hat sich am 4. Dezember 2014 mit der Verlautbarung des Finanzministers und mit der Pressemitteilung der FMG erledigt; wir haben den Antrag letztens auch im Haushaltsausschuss abgelehnt. Außerdem haben wir keine Veranlassung zu sagen, dass wir auf Dauer keine AG wollen.

(Zuruf: Warum nicht?)

- Ganz einfach, weil nicht klar ist, ob nicht in Zukunft völlig andere Dinge als etwa eine dritte Startbahn es erforderlich machen, dass der Flughafen München seine GmbH in eine AG umwandelt. Sie können die Kollegen in Frankfurt oder in Hamburg fragen, warum die das so gemacht haben: Die haben das nicht wegen einer Startbahn gemacht, sondern weil es sinnvoll war. Und das kann bei uns auch der Fall sein.

Man darf sinnvollen Dingen nicht im Wege stehen, bloß weil man an dem Verfolgungswahn leidet, dass alles, was auf der Welt passiert, eine Startbahn betreffen soll.

(Zuruf: Oh je!)

Die CSU-Fraktion wird deshalb diesen Antrag, wie schon im Haushaltsausschuss, ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Bevor ich dann den Kollegen Florian von Brunn zum Rednerpult bitte, gebe ich bekannt, dass die GRÜNEN-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich noch an die Berichterstattung im "Münchener Merkur" aus dem letzten Jahr. Da hat Michael Kerkloh doch eindeutig sein Lieblingsprojekt "dritte

Startbahn" vorantreiben wollen. Der "Münchner Merkur" hat geschrieben, dass er mit einem Trumpfass agiert, nämlich der Spekulation über einen Börsengang, um die Unternehmensstruktur und damit auch die Entscheidungsverhältnisse zu verändern. Das ist nicht meine Interpretation, sondern das war der Eindruck, der gezielt in der Öffentlichkeit erzeugt worden ist.

Jetzt sagen Sie, Herr Kollege Weidenbusch: Alles ganz klar, alles abgeräumt durch das Handeln der Staatsregierung. – Dieser Überzeugung bin ich jedoch nicht so ganz. Wir haben bei Herrn Kerkloh – ich sage das, ohne respektlos sein zu wollen - ein Verhaltensmuster kennengelernt, das mich ein bisschen an Cato den Älteren erinnert, der immer die Zerstörung Karthagos gefordert hat, obwohl es einen wirklichen Grund dafür nach dem Krieg gegen Hannibal nicht mehr gab. Genauso fordert Herr Kerkloh immer die dritte Startbahn, obwohl es dafür gar keinen Bedarf gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das hat er auch aktuell wieder gemacht, obwohl die Zahl der Starts und Landungen in den letzten Jahren immer weiter abgenommen, die Zahl der potenziell betroffenen Menschen jedoch zugenommen hat, und obwohl es einen Bürgerentscheid mit einem klaren Ergebnis gegen die dritte Startbahn in München gab, der für uns und für den Münchner Oberbürgermeister zwar keine rechtliche Bindungswirkung mehr hat, aber doch eine moralische.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das hat der ehemalige Oberbürgermeisterkandidat und jetzige Zweite Bürgermeister, der der CSU angehört, auch einmal so gesehen. Hinzu kommen über 82.000 Unterschriften gegen die dritte Startbahn. Da sage ich, an den Herrn Ministerpräsidenten gewendet: Hier kann man wirklich einmal eine wahrhaftige und ehrliche Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern eingehen, und zwar gegen die dritte Startbahn.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund finde ich es schon berechtigt, wenn man darauf hinweist, dass es mögliche Hintertüren gibt, die in der Geschäftsführung der FMG zumindest einmal erwogen worden sind, und man diese Hintertüren durch einen klaren Antrag, durch eine klare Beschlussfassung schließt; denn eine solche Vorgehensweise wäre nie demokratisch legitimiert, zumindest nicht nach meiner Auffassung.

Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass hier bürgernahe Entscheidungen getroffen werden. Ich sage Ihnen, was man natürlich nicht machen kann: im Münchner Kommunalwahlkampf so reden, und dann im Bayerischen Landtag ganz anders abstimmen. Das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, es gibt viel wichtigere Aufgaben, als immer weiter über die dritte Startbahn und mögliche Schleichwege dahin zu diskutieren. Ein Thema, das wirklich wichtig ist und das Herr Kerkloh zu Recht immer wieder anspricht, ist eine bessere öffentliche Anbindung des Flughafens. Ich erwähne in diesem Zusammenhang das sogenannte 13-Punkte-Sofortprogramm der Staatsregierung für den Bahnknoten München. Dabei stelle ich fest, dass sich dieses sogenannte Sofortprogramm im Bummelzugtempo fortbewegt, zumindest was die beiden Maßnahmen "Bahn-anbindung des Flughafens" und "Express-S-Bahn zum Flughafen" angeht. Der Schwerpunkt sollte also eher darauf liegen, diese Maßnahmen zu realisieren und sich um eine Verbesserung beim klimafreundlichen öffentlichen Verkehr in Bayern zu bemühen.

Deswegen stimmen wir dem Antrag der GRÜNEN zu und fordern Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, dazu auf, heute alle Hintertüren eindeutig zu schließen, die Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern endlich zu verwirklichen und diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Herr Kollege Zierer, bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, verehrter Herr Ministerpräsident, die Geschichte der dritten Startbahn – wollen wir, oder wollen wir nicht? – wird uns hoffentlich nicht mehr lange in diesem Hause begleiten. Ich wünsche mir heuer noch eine klare Aussage von Ihnen, dass wir dieses Projekt sterben lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute haben wir jedoch ein Thema zu behandeln, das darauf abzielt, die Leute mehr oder weniger hinter Licht zu führen. Es geht um eine Meldung von Herrn Kerkloh, man wolle den Flughafen für den Börsengang vorbereiten und diesen vermutlich auch durchziehen, wenn die Mehrheitsverhältnisse dementsprechend wären. Ein Vorpreschen von seiner Seite hatte bestimmt seine Gründe. Ob von dieser umstrittenen

Formulierung wirklich keiner etwas gewusst hat, darüber lässt sich spekulieren; denn die Vorbereitung auf einen Börsengang ist nun einmal keine Kleinigkeit, die man einfach so nebenbei ausschreibt und dann durchzieht.

Aber wir wollen jetzt einfach mal glauben – oder glauben wir es nicht? -, dass alles ein Alleingang oder nur ein taktisches Vorgehen von Herrn Kerkloh war. Herr Weidenbusch, wir leiden nicht an Verfolgungswahn,

(Zuruf von der CSU: Doch!)

wir sind nur vorsichtig,

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

weil es hier elementar um Dinge geht, die die Leute extrem belasten, und das ohne Notwendigkeit. Wir sind nur vorsichtig bei der Vorgehensweise - nicht mehr und nicht weniger. Die FMG musste im Dezember 2014 öffentlich zurückrudern und hat die ganze Aufregung im Grunde auf eine fehlerhafte Formulierung geschoben. Wir wollen hoffen, dass es tatsächlich daran liegt, sind bei diesen Dingen jedoch aus gutem Grund vorsichtig. Betrachtet man nämlich diese Spekulationen über einen möglichen Börsengang im Lichte der Debatte um die dritte Startbahn, dann erscheint das alles nicht ganz so abwegig. Damit, dass das Bundesverwaltungsgericht im Sommer die Revision zulässt, kann man realistischere Weise nicht rechnen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann ist das rechtmäßig, die Planfeststellung!)

- Da haben Sie recht, da haben Sie absolut recht. - Dann erwarte ich auch, dass wir die Schlüsse vom Bedarf her ziehen. Der Bedarf ist nach wie vor nicht vorhanden. Das heißt in Folge: Wir stellen dieses Projekt zurück, es wird nicht verwirklicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Bedarfsprüfung ist aber Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit!)

- Ja, aber Sie kennen die Prognosen, die erstellt worden sind: Die sind nicht nur fehlerhaft, sondern sogar grob fehlerhaft. Genau das müssen wir hier auf dem politischen Weg in Betracht ziehen. Alles das, was bisher prognostiziert worden ist, ist bei Weitem nicht so eingetroffen, und zwar noch nicht einmal annähernd.

Die Frage ist nur: Wie wollen wir dieses Dilemma auflösen? Die Stadt München ist mit dabei - und seien wir doch ehrlich: Sie können ja schlecht den Oberbürgermeister Reiter auf einem Kofferband im Kreis fahren lassen, bis er nicht mehr weiß, ob er jetzt zu-

stimmt oder nicht. Der Herr Reiter ist vom Oktoberfest her sehr erprobt, der wird den Beschluss sicher nicht anders fassen. Er sagt auch: Die Stadt München ist nach wie vor moralisch gebunden. - Und ich finde, das ist auch gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Zierer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weidenbusch?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Kollege Zierer, ich habe folgende Frage: Angenommen, es kommt keine dritte Startbahn – welche Argumente hätten Sie dann gegen eine Umfirmierung von einer GmbH in eine AG? Die Entscheidung, die in dem Antrag von uns gefordert wird, hätte sehr weitreichende Folgen, die über die Frage der dritten Startbahn hinausgingen. Hätten Sie wirklich etwas gegen eine Umfirmierung, wenn Sie wüssten, dass die Staatsregierung auf die dritte Startbahn verzichtet?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich! Denn das gegenwärtige Konstrukt ermöglicht ein sehr vernünftiges Arbeiten. Wer ist bei der FMG dabei? - Die Stadt München, der Freistaat und der Bund. Wichtig ist, dass nach gegenwärtiger Rechtslage bei gravierenden Entscheidungen wie dem Bau einer dritten Startbahn Einigkeit zwischen den drei Gesellschaftern bestehen muss. Darum ist auch dieses Konstrukt richtig und wichtig – um es mit den Worten der CSU zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie benutzen diesen Ausdruck des Öfteren, wenn Sie etwas betonen wollen. Der Antrag der GRÜNEN ist zielführend und das Beste, was man dazu beschließen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem ist bekannt, dass sich der Bund von seinen Flughafenbeteiligungen langfristig trennen will.

Ich betone, dass wir vorsichtig sein müssen, wenn wir diese Dinge anpacken. Daher sollten wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Die Staatsregierung als Gesellschafterin kann Klarheit schaffen. Wenn auch die CSU klipp und klar dagegen ist, dass die Flughafen GmbH eine AG wird und sich die Eigentumsverhältnisse ändern, dann kann sie das untermauern

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): – ja –, indem sie heute mit uns stimmt und damit verdeutlicht, dass das gegenwärtige Konstrukt das richtige ist. Dazu fordern wir Sie von der CSU auf, nicht mehr und nicht weniger. Ich erwarte mir Unterstützung auch von Ihrer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Staatssekretär Hintersberger zum Rednerpult.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuletzt vor vier Wochen im Rahmen der Debatte über den Beteiligungsbericht, haben wir über dieses Thema im Haushaltsausschuss beraten und entschieden. Ich möchte auf verschiedene Aspekte noch einmal kurz eingehen.

Die in dem Antrag der GRÜNEN zitierte Ausschreibung für die Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse 2016 bis 2020 ist für die Frage eines Börsengangs und einer Rechtsformumwandlung ohne Relevanz. Hierüber haben allein die Gesellschafter der FMG zu entscheiden. Dies haben wir auch gegenüber der Geschäftsführung des Flughafens unmissverständlich deutlich gemacht. Das ist heute schon erwähnt worden.

Die FMG hat Pressespekulationen – diese waren letztlich der Anreiz auch für diesen Antrag – vom 3. Dezember 2014 über einen möglichen Börsengang bereits am 4. Dezember 2014 richtiggestellt. Auslöser dieser Spekulationen war eine fehlerhafte Formulierung in einer öffentlichen Ausschreibung der FMG für einen Wirtschaftsprüfer. Die fehlerhafte Formulierung der öffentlichen Ausschreibung für diesen Wirtschaftsprüfer wurde ebenfalls umgehend richtig gestellt. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Entscheidungen der Gesellschafterversammlung zu Umwandlung und Börsengang stehen derzeit nicht an.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Derzeit!)

Für eine Befassung der Gesellschafterversammlung der FMG mit diesen Themen gibt es deshalb keinen Anlass.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund noch einmal die eindeutige, klare Positionierung der Staatsregierung, fußend auf der Ministerratsbefassung vom 18. Februar 2014, verdeutlichen; in den Redebeiträgen einiger Vorredner war dazu Unzutreffendes zu hören. Die Staatsregierung sagt klipp und klar: Für die

endgültige Grundsatzentscheidung über den Bau einer dritten Start- und Landebahn wird die rechtskräftige Entscheidung abgewartet.

Wie sieht die derzeitige Situation hinsichtlich der Gerichtsverfahren aus? - Am 19. Februar 2014 erging das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, das die Rechtmäßigkeit der Planfeststellung für die geplante dritte Start- und Landebahn bestätigt. Revision ist nicht zugelassen worden. Gegen die Nichtzulassung der Revision sind zwölf Beschwerden vorgebracht worden. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die Nichtzulassungsbeschwerden wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 erfolgen. Dann – dies ist von der Bayerischen Staatsregierung, speziell auch vom Ministerpräsidenten deutlich gemacht worden – erfolgen die entsprechenden Gespräche, und eine Entscheidung wird getroffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das internationale Drehkreuz Flughafen München mit seiner leistungsfähigen Infrastruktur ist ein zentraler Faktor im weltweiten Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte. Obwohl Minister Dr. Söder vor vier Wochen die Thematik umfassend dargestellt hat, ist es wichtig, auch an dieser Stelle auf Folgendes hinzuweisen: Der Flughafen München gewährleistet einen schnellen und direkten Zugang in alle Welt – 240 Ziele! – und ist damit eine entscheidende Basis für die Standortentwicklung unseres Freistaates, für die Sicherung der starken Position des bayerischen Tourismus, aber ebenso und insbesondere für die Sicherung der exportorientierten bayerischen Wirtschaft.

Vor dem Hintergrund der herausragenden infrastrukturellen Bedeutung des Flughafens und der Situation des rechtlichen Verfahrens verbietet es sich unserer klaren Überzeugung nach, hier irgendwelche Vorfestlegungen zu Einzelfragen zu treffen. Von daher empfehlen wir, wie bereits vor vier Wochen, die Ablehnung dieses Antrags.

Zum Thema dritte Start- und Landebahn verfolgt die Staatsregierung unverändert einen klaren Kurs. Wir respektieren das laufende Gerichtsverfahren und entscheiden dann in der Sache.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung, die in namentlicher Form durchgeführt wird. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags der Fraktion der GRÜNEN auf Drucksache

che 17/4716. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.18 bis 16.23 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bitte nehmen Sie wieder Platz. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. (CSU)
Prüfung eines Konzepts für eine Organisation analog zum "National Trust" für Bayern sowie deren Anschubfinanzierung (Drs. 17/4812)**

(Unruhe)

Ich bitte, doch die Gespräche zu beenden oder außerhalb des Saales zu diskutieren.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung wiederum 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion: CSU 8 Minuten, SPD 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, GRÜNE 5 Minuten und die Staatsregierung 8 Minuten. - Ich bitte den ersten Redner, Herrn Robert Brannekämper, zum Rednerpult.

Robert Brannekämper (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident! Bayerns Vielfalt, seine regionale kulturelle Identität wird bis heute sehr stark durch seine Denkmäler in unseren Städten und Dörfern geprägt. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind tragende Säulen der Kulturpolitik des Freistaats Bayern, der sich der Verbindung von Tradition und Moderne verpflichtet fühlt.

Mit dem Bayerischen Denkmalschutzgesetz von 1973 haben wir – Kollege Erich Schosser ist untrennbar mit der Geschichte dieses Gesetzes verbunden – damals eine wichtige Grundlage geschaffen und den Denkmalschutz in Bayern auf eine solide Basis gestellt.

In erster Linie reagieren wir damit auf Eigentum privater, kommunaler oder staatlicher Stellen. Heute schwebt uns vor, diese Säule durch eine weitere Säule zu ergänzen, nämlich Denkmalschutz und Denkmalpflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Deshalb hat die CSU-Landtagsfraktion im Dezember 2014 einen Antrag auf Prüfung eines Konzepts zur Errichtung einer Stiftung analog dem "National Trust" sowie deren Anschubfinanzierung eingereicht.

Viele fragen, was der "National Trust" ist. Der "National Trust" ist eine 120 Jahre alte Stiftung zum Schutz des englischen Erbes, die eine extreme Erfolgsbilanz aufzuweisen hat. Diese Stiftung besitzt heute 350 historische Gebäude, Parks, Industrieanlagen, Denkmäler und Schlösser. Mit seinem Eigentum an rund 280.000 Hektar Fläche ist der "National Trust" einer der größten Eigentümer in England.

Besonders bemerkenswert ist die Zahl derer, die sich dem Denkmalschutz widmen. Der "National Trust" hat 4 Millionen zahlende Mitglieder. Er hat 60.000 Freiwillige, die sich ehrenamtlich für den Denkmalschutz und für Brauchtum einsetzen, egal ob in der Funktion einer Museumsaufsicht oder bei der Pflege eines Landschaftsparks.

Dieses Konzept hat als Leitmotive "Forever" und "For everyone". Das will besagen: Dadurch werden diese Liegenschaften privat vor dem Zugriff, vor Abriss, vor Verunstaltung durch Dritte über einen langen, langen Zeitraum gesichert. "For everyone" besagt, dass jeder mitwirken kann und diese Gebäulichkeiten jedem offenstehen.

Wir haben darüber im Ausschuss diskutiert. Die Kollegen der SPD haben gesagt, unsere Verhältnisse seien nicht ganz vergleichbar mit dem englischen Erbschaftsteuerrecht. Das ist richtig. In England gibt es keine Freibeträge. Wir glauben aber, dass dieser Hinweis unbehelflich ist, Herr Kollege Rosenthal, weil die Zahl der Güter, die dem Trust zugefallen sind, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, auf einem anderen Grund beruht. Der Grund lag in den erheblichen Unterhaltskosten, die diese englischen Herrenhäuser damals erforderten. Wenn Sie die aktuelle Biografie über Winston Churchill lesen, können Sie schnell erkennen, dass er in den Briefen darstellt, dass das Anwesen Chartwell in Kent, das er erworben hat, damals 10.000 Pfund pro Jahr an Unterhalt kostete. Damit man weiß, worüber wir reden: Die Abgeordnetenentschädigung eines Parlamentariers war damals 400 Pfund, ein Minister verdiente damals 5.000 Pfund im Jahr. Also man brauchte zwei Ministergehälter, um solche Häuser mit Personal, mit Gärtnern, mit Hauspersonal bespielen zu können. Deswegen glaube ich, dass der Hinweis der Opposition, das sei nicht ganz vergleichbar, nicht treffen wird.

Für uns ist entscheidend, dass wir damit eine Breitenwirkung ungeahnten Ausmaßes erzielen, dass Menschen sagen: Ja, ich engagiere mich nicht nur bei staatlichen Institutionen wie der Feuerwehr. Es ist ganz normal, dass sich in Bayern Hunderttausende Menschen ehrenamtlich im Brand- und Katastrophenschutz einsetzen. Ich denke, es wird so kommen, dass sich Menschen für Denkmalpflege, für den Erhalt

unserer Gebäude in Bayern engagieren. Das ist ein guter Ansatz.

Der Freistaat Bayern hat mit seiner tausendjährigen Geschichte ein enormes Potenzial, das es zu heben und zu schützen gilt. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Dann bitte ich den Kollegen Rosenthal zum Rednerpult.

Georg Rosenthal (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig: Wir haben diesen Antrag, der in unserem Ausschuss beraten worden ist, hochgezogen, weil wir es für besonders wichtig halten, hier im Hohen Haus über die Prüfung und vor allen Dingen über die Anschubfinanzierung zu reden. Das ist der eigentliche Grund.

Ich finde es schön, dass der Kollege von der CSU auf die Grundidee des "National Trust" eingegangen ist. Ich hatte schon gehofft, dass wir die CSU für die englischen Erbschaftssteuerregelungen gewinnen können; denn die Hauptmotivlage nach dem Zweiten Weltkrieg ist, dass die Familien 90 % Erbschaftsteuer zahlen müssen. Die Wahrheit hinter dem "National Trust" ist nicht nur, dass er im Jahr 1884 gegründet worden ist. Gerade nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Vermögen des "National Trust" ungeheuer gewachsen, weil die Steuerlast für viele Adelsfamilien zu groß war. Sie konnten hier einen im Prinzip wunderbaren Kontrakt schließen. Man überlässt das Vermögen dem Staat. Der Staat gibt es an den "National Trust". Im Gegenzug hat die Familie sehr oft ein lebenslanges Wohnrecht für die jetzigen Bewohner und für alle zukünftigen Erben. Das ist doch eine wunderbare Sache, die Baulast loszuwerden. Es ist richtig, dass die Engländer in großer Zahl bereit sind, als Volunteers zu arbeiten. Wer jemals Saltram House oder Chartwell, Family Home der Churchills, besucht hat, wird sehen, warum das so gut funktioniert. Ich rate Ihnen, Kingston Lacy zu besuchen, das sage und schreibe 64 Quadratkilometer Grundbesitz umfasst und mit dem Herrenhaus und den Kunstschatzen dem "National Trust" übereignet wurde.

Was will ich damit sagen? - Das ist in vielerlei Hinsicht so nicht übertragbar. Deshalb wollen wir ausdrücklich das Gewicht auf die Prüfung legen, um eine nähere Untersuchung zu veranlassen. Dazu kommt etwas, das noch gar nicht angesprochen worden ist: In Deutschland gibt es diese Idee bereits. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die 1985 gegründet worden ist, bezieht sich ausdrücklich auf den "National Trust". Sie steht immer unter der Schirmherrschaft der Bun-

despräsidenten. Diese Stiftung konnte bisher rund 500 Millionen Euro einwerben. Wenn wir in Bayern so etwas aufbauen würden, stünden wir in direktem Gegensatz zu dem, was die Deutsche Stiftung Denkmalschutz bereits als private gemeinnützige Stiftung vorweisen kann. Sie hat bereits 200.000 Förderer. Ich glaube, wir sollten uns die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen als unselbstständige Körperschaft des öffentlichen Rechts näher anschauen. Das Einwerben an der einen Stelle ist gut. Ebenso gut ist es, darüber nachzudenken, weshalb wir ausdrücklich zu dem Prüfantrag stehen.

Der zweite Teil des Prüfauftrags ist auch wertvoll. Die Grundidee kommt von einem eingetragenen Verein. Als Anschubfinanzierung sollen aus dem Staatshaushalt des Freistaats Bayern immerhin 500.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Wenn es um die Gelder der Steuerzahler geht, möchte ich schon wissen, wer anschließend darüber bestimmt und was mit den Geldern, die dort eingeworben worden sind und eingeworben werden, in Zukunft geschieht. Wer bestimmt über die Rechtsform dieser "National Trust"-gleichen Vereins? - Darüber müssen wir noch ausführlich reden, damit nicht ein Verein, so honorig er auch sein mag, darüber entscheidet, welche Häuser saniert werden können und welche nicht.

Ich denke, Sie stimmen mit mir überein: Wenn zum Beispiel der ADAC auf diese Idee gekommen wäre und von uns 500.000 Euro hätte haben wollen, hätten wir einen Moment inne gehalten. Auch der ADAC ist ein eingetragener Verein. Vielleicht kommen noch andere eingetragene Vereine auf die Idee und sagen, wir haben eine Idee. Wenn das so gut funktioniert, wollen wir, dass es zu unseren Ideen eine Anschubfinanzierung aus dem Staatshaushalt gibt.

Wir haben intensive Fragen gestellt. Wir hoffen, dass es eine ausführliche Prüfung aus Sicht des Ministeriums gibt. Es geht nicht nur um das Erhalten und Bewahren der Denkmäler – ich sage an dieser Stelle die rückhaltlose Unterstützung durch unsere Fraktion zu -, sondern auch darum, über die Verwertungsbedingungen dieser öffentlichen Gelder und der zukünftigen Förderungen zu sprechen und als Landtag bestimmen und mitbestimmen zu können. Deshalb ist es in Analogie zur Deutschen Stiftung Denkmalschutz und zu anderen Stiftungen ratsam, dass es eine gemeinnützige, aber auch besonders förderungswürdige Stiftung und damit eine Stiftung im engeren Sinne gibt, sodass öffentliche Träger darüber bestimmen können, wer letztendlich in den Genuss der Förderung kommt, und das nicht auf einen einzigen Verein übertragen wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Ich danke Ihnen herzlich. Wir warten die weiteren Prüfungen ab und werden abhängig vom Ergebnis unser weiteres Abstimmungsverhalten kenntlich machen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Brannekämper.

Robert Brannekämper (CSU): Erklären Sie mir bitte, wie Sie auf die 90 % Erbschaftsteuer kommen. Mir sind 40 % bekannt. So ist es mir zumindest vom "National Trust" in London mitgeteilt worden. Gibt es eine rot-rot-grüne Regierung, die vielleicht eine Erbschaftsteuer in Höhe von 90 % erheben will? Das mag manchen gefallen. Es sind in England 40 %. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Es ist doch in der Kommunalpolitik, aber auch hier auf Landesebene das Normalste auf der Welt, privaten Stiftungen und Vereinen Zuschüsse zu zahlen. Ob im Kulturbereich oder im Umweltbereich, es werden Zuschüsse vergeben. Wie die dann die Zuschussnehmer - ich nenne jetzt mal die Friedrich-Ebert-Stiftung, es gibt aber auch andere - verwenden, ist deren Entscheidung. Jetzt zu sagen, wir müssen bis zum letzten Jota wissen, welches Haus oder welche Türe saniert wird, halte ich für aberwitzig. Privaten Initiativen, Stiftungen und Vereinen Geld zuzuschießen oder zu geben, die damit sorgsam umgehen, ist ein völlig normaler Vorgang, den Sie in der Kommunalpolitik jede Woche haben.

(Beifall bei der CSU)

Georg Rosenthal (SPD): Lieber Kollege, was Sie verglichen haben, ist so nicht vergleichbar. Da gibt es Förderbedingungen, die Sie erfüllen müssen, bei politischen Stiftungen erst recht. Sie müssten darüber Rechenschaft abgeben. Auch das ist richtig. Hier geht es um die Anschubfinanzierung. Die Idee ist da, aber man erwartet am Anfang erst einmal Staatsknete, um das verkürzt zu sagen. Dagegen wende ich mich. Das müssen wir uns genauer anschauen. 500.000 Euro sind kein Pappenstiel. Da können auch andere eingetragene Vereine kommen und sagen, wir brauchen für unsere Idee eine Anschubfinanzierung durch den Freistaat Bayern. Hier machen wir eine Präjudizierung. Deshalb sage ich, die Prüfung ist an dieser Stelle außerordentlich wichtig. Ich habe nicht dagegengesprochen. Ich habe gesagt, an dieser Stelle müssen wir prüfen.

Ich komme zu der Frage der 90 % bzw. 40 % Erbschaftsteuer. Das ist immer wieder die 100%-Rege-

lung. Sie haben sich eigentlich selber die Antwort gegeben. Sie haben gesagt; ohne Freibeträge. Genauso ist es. Sie haben über die grundsätzliche Belastung gesprochen, die in jeder Generation fällig ist. So ist es. Wir können uns gerne einmal über dieses steuerrechtliche Rechenmodell unterhalten.

Ob es 90 oder 40 % sind, der Gedankengang der englischen Adelshäuser war, dass der Deal gut ist. Wir behalten die Möglichkeit der Nutzung unseres Vermögens. Gleichzeitig nehmen uns andere die Last dieses Vermögens ab. Deshalb ist das nicht vergleichbar. Für unsere weiteren Beratungen auf deutschem Boden spielt es keine Rolle. Das war eher ein Slapstick. Ich hatte gedacht, wir könnten an dieser Stelle über die Erbschaftsteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Verantwortung des gesellschaftlichen Vermögens reden. Sie haben die Antwort gegeben. Damit kann ich ganz gut leben.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Bitte Herr Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! 20 Forthlin Road, eine Adresse, die dem einen oder anderen von uns etwas sagt. Es ist das Geburtshaus von Paul McCartney von den Beatles. Es ist vom "National Trust" geschützt, finanziert und gekauft worden. Das gilt im Übrigen auch für das Geburtshaus von John Lennon und, wie gerade schon erwähnt, das Geburtshaus von Winston Churchill.

Also, wie schon erwähnt: Der "National Trust" ist sehr verdienstvoll und sicherlich eine Idee, die man auch in Bayern unterstützen kann. Man kann sich auch das eine oder andere Verdienstvolle überlegen. Aber dass der Ministerpräsident über den "National Trust" sein Geburtshaus entsprechend finanzieren kann, um es für Besuche zu öffnen, wäre wohl eher ein "Regional" oder "Local Trust". Die Idee ist gut, und ich freue mich auch, Herr Brannekämper, dass Sie sich so engagiert dafür einsetzen. Die Idee im Landtag kam von den FREIEN WÄHLERN. Das haben Sie nicht gesagt. Nicht nur die Idee, sondern auch ein entsprechender Antrag kam von den FREIEN WÄHLERN, und zwar als Antrag zum letzten Haushalt, mit einer Anschubfinanzierung von in diesem Fall nicht 500.000, sondern 250.000 Euro. Man wundert sich – besonders bei der Dynamik und dem Engagement, das Sie jetzt vorlegen –: Die CSU hat diesen Antrag abgelehnt. Das ist traurig. Drei Monate später kommt man mit einer etwas anderen Idee eines Prüfungsantrags und hat dann aber – dies begrüße ich – auf den Antrag der

FREIEN WÄHLER die gleiche Summe draufgelegt, worauf sich die vorgeschlagene Summe der FREIEN WÄHLER verdoppelt hat. Das wäre ein Deal, den wir immer machen können: Sie lehnen unsere Anträge ab, legen dann die gleiche Summe drauf, und drei Monate später verabschieden wir ihn. Das wäre kein schlechter Deal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern kann man sagen: "Trust" ist das Wort für Vertrauen. In God we trust: Für die CSU gilt das weniger, wenn Sie so mit unseren Anträgen umgehen.

Um es zusammenzufassen: Wir können dieser Idee viel abgewinnen, weil zum einen der Denkmalschutz in der Zukunft sicherlich mindestens genauso eine Herausforderung ist wie jetzt, die Finanzen aber dünner werden. Deshalb sind wir auf das Engagement Privater dringend angewiesen und für Modelle und Vorschläge, wie der Staat und Private bei dieser wichtigen Aufgabe enger zusammenarbeiten können, sehr dankbar. Insofern können wir enger zusammenwirken und insofern begrüße ich den Prüfungsantrag. Wir freuen uns auf das entsprechende Konzept und werden dann darüber gemeinsam diskutieren. Die FREIEN WÄHLER stehen hinter dieser Idee und können sich mit ihr anfreunden. Wir sehen dann, was herauskommt, wenn Sie uns in dieser Richtung folgen und wir dann darüber nachdenken, wie wir die Idee am besten verwirklichen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Jetzt bitte ich die Kollegin Steinberger zum Mikrofon.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den "National Trust" ist heute schon sehr viel gesprochen worden. Es ist richtig: Er ist wirklich eine gute Sache. Mit einem Etat von 470 Millionen Euro und einer Mitgliederzahl von 3,5 Millionen ist der "National Trust" wirklich eine entscheidende Größe des Denkmalschutzes in England. Der Kollege Brannekämper hat es schon erklärt. Denkmäler von herausragender Bedeutung für Kultur und Natur werden bürgerschaftlich geschützt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das ist sehr wichtig. Es sind auch sehr viele Ehrenamtliche im Einsatz. Etwa 60.000 Freiwillige sind im Interesse der Öffentlichkeit und des Denkmalschutzes unterwegs.

Dieses Modell soll nun für Bayern geprüft werden. Angesichts der Größenordnung des "National Trust" kann man etwas ins Grübeln kommen. Grundsätzlich sind wir immer dafür, dass bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. In Bayern gibt es das schon in vielfältiger Art und Weise. Es gibt viele Vereine und

Stiftungen, die sich dem Denkmalschutz verschrieben haben. 6.000 Bürgerinitiativen sind im bayerischen Denkmalnetz erfasst. Dieses Engagement kann nicht hoch genug geschätzt werden. Wir sollten dabei nicht vergessen – das ist heute in der Diskussion etwas zu kurz gekommen –, dass der Denkmalschutz in Bayern eine staatliche Aufgabe ist und Verfassungsrang hat. Dieser Aufgabe kann sich der Freistaat nicht entziehen. Der Denkmalschutz ist unsere Aufgabe und unsere Verpflichtung. Dazu müssen aber auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Leider hat sich Bayern in den vergangenen Jahren schrittweise aus der Verantwortung für die Denkmalpflege gestohlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mittel für die Entschädigung aus dem Denkmalschutzfonds sind immer stärker gekürzt worden. So haben diese Mittel im Jahr 2000 noch 40 Millionen DM, also rund 20 Millionen Euro, betragen. Im aktuellen Haushalt sind dafür noch 13,8 Millionen Euro eingestellt. Das ist ein dramatischer Rückgang. Dazu hat sich der Landesdenkmalrat unter Leitung des Kollegen Goppel deutlich und dankenswerterweise kritisch geäußert. In diesem Zusammenhang sehen wir GRÜNE ein deutliches Defizit, das in erster Linie angegangen werden muss. Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf, hier wieder mehr Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Private können dieses Defizit nicht auffangen. Sie können bestenfalls eine Ergänzung dazu darstellen. Dann muss das aber auch mit privaten Mitteln geschehen. Es kann nicht sein, dass diese Initiative der Einstieg in den Ausstieg aus der staatlichen Förderung wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schon viel über den "National Trust" gesagt worden. Es ist auch gesagt worden, dass viele Denkmäler wegen der hohen Erbschaftsteuer oder hoher Unterhaltsleistungen an den Trust überschrieben worden sind. Auch gibt es in England keine entsprechende Entschädigung für die Eigentümer von Baudenkmalern, wie wir das bei uns in Deutschland kennen. Mit einer Vergleichbarkeit ist es also nicht weit her. Auch die große Anzahl der Mitglieder im "National Trust" ist die Grundlage der hohen Einnahmen. Ich habe vorher die Größenordnung genannt: 470 Millionen Euro sind schon eine Hausnummer.

Nun ist nicht nur die Prüfung der Vergleichbarkeit ein Thema, sondern auch die Anschubfinanzierung. Man hört heute viele Zahlen. Ich habe schon 250.000 Euro

gehört. Ich habe 500.000 Euro gehört. Im "Münchner Merkur" lese ich von einer Anschubfinanzierung von 5 Millionen Euro. Für uns ist wichtig, dass keine Mittel aus dem Entschädigungsfonds entnommen werden. Im Gegenteil: Der Entschädigungsfonds muss weiter aufgestockt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließlich gilt eines für uns alle: Öffentliches Geld braucht auch öffentliche Kontrolle. Kollege Rosenthal hat schon erwähnt, dass es auch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz gibt. Diese ist genau nach dem Vorbild des "National Trust" gegründet worden und würde in Konkurrenz zu einem "National Bavarian Trust" stehen. Es wäre deshalb dringend zu prüfen, wie diese Stiftung in ein entsprechendes Konzept mit eingebunden werden kann. Dann könnte man sich die Anschubfinanzierung komplett sparen.

Wir sind deshalb auf das Ergebnis dieses Prüfauftrags gespannt. Wir möchten betonen, dass die Diskussion ergebnisoffen geführt werden muss. Genauso wie im Ausschuss werden wir auch im Plenum dem Prüfungsauftrag zustimmen, und wir sind auf die Antworten gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Dr. Goppel zum Rednerpult.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Denkmalschutzgesetz ist ungefähr ein knappes Jahr vor meinem Einzug in dieses Hohe Haus in Kraft getreten. Das heißt, ich habe alle Entwicklungen beim Denkmalschutz der letzten 40 Jahre mitgemacht und habe in diesen 40 Jahren erlebt, wie der Umfang der Förderung rauf- und runtergegangen ist. Dies betrifft auch die Entwicklung der Aufgaben des Denkmalschutzes in Bezug auf dieses Parlament.

In den ersten Jahren hatten wir viel Geld zur Verfügung und viele gute Möglichkeiten zu fördern. Wir hatten jedoch noch eine kleine Liste von Denkmälern, von denen wir wussten, dass sie ganz dringend und schnell gefördert werden müssen. Dabei ging es um ein paar große Klöster und Ähnliches. Wir haben diese Maßnahmen gefördert. Diese Klöster stehen im ganzen Land. Inzwischen sind es mehr geworden, weil das Denkmalschutzgesetz gleichzeitig mitwächst; denn in dem Umfang, in dem das Denkmalschutzgesetz älter wird, steigt die Zahl der Denkmäler. Wir müssen somit mehr als je zuvor erledigen. Das bedeutet, dass wir für diese Zusatzerledigungen neue Finanzierungsquellen brauchen.

Insofern bin ich Herrn Kollegen Brannekämper und den FREIEN WÄHLERN dankbar, dass sie über neue Finanzierungsquellen nachgedacht haben. Herr Kollege Piazzolo, Sie haben jedoch vergessen zu erwähnen, dass ein Unterschied zwischen einer Eins-zu-eins-Umsetzung Ihres Ansatzes und einer Weiterentwicklung des heutigen Ansatzes besteht. Wir wollen durch den Bericht erfahren, ob es zusätzliche Möglichkeiten der schnelleren Förderung gibt. Damit bin ich mit meinem Zuruf fast schon am Ende.

In den letzten zehn Jahren sind Schlösser, Kirchen und Klöster in unserem Lande leerer geworden und können nicht mehr von ihren Besitzern gepflegt werden, unabhängig davon, ob der Besitzer ein Orden oder eine königliche oder fürstliche Familie ist. Diese Gebäude werden zusammenstürzen und zusammenfallen, wenn sich die Gesellschaft dieser Aufgabe nicht annimmt. Wir müssen deshalb die Privaten einbeziehen. Alte Schlösser wie Hohenschwangau oder das Schloss Hohenaschau am Chiemsee müssen gemeinsam gefördert werden, weil sie unser Kulturgut sind. Der Antrag des Herrn Kollegen Brannekämper zielt darauf ab, dass wir unser Kulturgut neu entdecken, gemeinsam pflegen und nicht einzelnen Familien die Verantwortung überlassen. Die Gesellschaft muss sagen: Das, was wir geworden sind, sind wir aus der Geschichte geworden. Was wir daraus machen, ist unsere Geschichte. Auch in Zukunft muss Bayern eine Identität haben und behalten, für die es sich lohnt, dass wir sie alle miteinander fortentwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte, Herr Staatssekretär Sibler.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Bayern verfügt in der Tat über eine breite und starke Denkmallandschaft. Thomas Goppel hat die Beispiele genannt. Die Klöster befinden sich in einer besonderen Situation, weil immer weniger Ordenspersonal vorhanden ist. Diese Klöster fallen ein Stück weit der öffentlichen Hand auf die Füße. Lieber Herr Kollege von Lerchenfeld, nicht jeder Adelige, der ein Schloss hat, ist glücklich darüber, weil er den Unterhalt dieses Schlosses nicht finanzieren kann. – Sie können das Gott sei Dank.

Daher haben wir eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Der Freistaat Bayern konnte Gott sei Dank in den letzten Jahren eine ganze Menge Geld dafür in die Hand nehmen. Für Frau Steinberger darf ich darauf hinweisen, dass wir in der Titelgruppe 75 in den letzten Jahren standardmäßig etwa 10 Millionen Euro haben. Der Entschädigungsfonds ist in den letzten

Jahren kontinuierlich gewachsen. Er hat mit 10 Millionen Euro begonnen und steht jetzt bei 27 Millionen Euro. Das ist eine gute Entwicklung. Für die Bodendenkmäler haben wir 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wenn wir alle Mittel für das Landesamt für Denkmalpflege zusammenzählen, kommen wir im diesjährigen Haushalt auf rund 48 Millionen Euro. Hinzu kommen die Mittel der Landesstiftung, die in den Jahren 2010 bis 2014 allein für die Denkmalpflege 75 Millionen Euro in die Hand genommen hat. Der Freistaat Bayern hat also eine ganze Menge Geld zur Verfügung gestellt und kommt seiner Aufgabe sehr gut nach. Sicherlich wäre mehr Geld immer gut.

Liebe Frau Steinberger, wir nehmen diese Debatte sicherlich nicht zum Anlass, aus diesem Thema auszuweichen. Das ist nicht beabsichtigt, ganz im Gegenteil. Lieber Herr Kollege Brannekämper, neben der reinen Finanzierungsfrage geht es auch darum, mehr Menschen für das Thema Denkmalschutz zu gewinnen. Wir müssen daraus eine Bürgerbewegung machen. Aus unserer Tätigkeit im Stimmkreis wissen wir, dass nicht jeder begeistert "hurra" schreit, wenn der Denkmalschutz kommt. Daher ist es gut und wichtig, Bündnispartnerinnen und Bündnispartner in der Bevölkerung zu haben, die sich dieses Anliegens annehmen. Diesen wichtigen Punkt hat Herr Minister Spaenle in der letzten Woche in seinem Gespräch mit dem neuen Generalkonservator hervorgehoben.

Bevor die Gespräche weitergeführt werden, möchte ich eines vorweg sagen: Natürlich wollen wir Institutionen wie den Bayerischen Landesverein für Heimatpflege und Organisationen wie die Deutsche Stiftung Denkmalschutz einbeziehen. Wir haben dazu schon Gespräche geführt. Die Debatte steht an. Gewiss ist hinsichtlich der Interaktion mit diesen Strukturen noch eine Reihe von Rechtsfragen zu klären. Lieber Kollege Rosenthal, natürlich geht es am Ende des Tages auch darum, wie viel Geld wir dafür in den Haushalt

einstellen sollten und können. Deshalb halte ich diesen Antrag für ein sehr starkes Signal. Ich freue mich auf die Berichte im zuständigen Fachausschuss. Wir sind dem Hohen Haus dankbar, dass dieser Antrag auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltungen. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich gebe nun noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl und Fraktion und anderer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine AG" auf Drucksache 17/4716 bekannt. Mit Ja haben 66 Kolleginnen und Kollegen und mit Nein 88 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 16.56 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Martin Güll u.a. SPD
 Finanzielle Auswirkungen durch Steuerhinterziehung in Bayern klar benennen!
 Drs. 17/2818, 17/5356 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Bayern evaluieren und in die Zukunft schauen
 Drs. 17/3721, 17/5429 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtssicherheit herstellen – Antikorruptions-Leitlinie für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
Drs. 17/3725, 17/5199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die SPD-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum
„Zustimmung“ zugrunde zu legen**

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD
Patentboxen bekämpfen
Drs. 17/4360, 17/5367 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen – gesundheitliche Vorsorge verbessern II:
Einhaltung von Grenzwerten für Chemikalien in Kleidung sicherstellen!
Drs. 17/4482, 17/5389 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u.a. SPD
 Pflege besser machen – Maßnahmen ergreifen II:
 Ausweitung des Meisterbonus auf Weiterbildungen im Sozial- und Gesundheitsbereich!
 Drs. 17/4483, 17/5390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u.a. SPD
 Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen III:
 Schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse!
 Drs. 17/4484, 17/5393 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
 Aufhebung der Trennung von Dienst- und Fachaufsicht bei der Wasserschutzpolizei Bayern
 Drs. 17/4485, 17/5359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
KUV-Posten für die Wasserschutzpolizei
Drs. 17/4486, 17/5430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Zukunft der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
(SVLFG)
Drs. 17/4510, 17/5372 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Anton Kreitmair, Eric Beißwenger u.a. CSU
Expertenanhörung zum Vollzug des landwirtschaftlichen Bodenrechts
Drs. 17/4701, 17/5374 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflichtmitgliedschaft der Jagdpächter in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG)
Drs. 17/4703, 17/5373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsätze der Bayerischen Landespolizei in anderen Bundesländern
Drs. 17/4723, 17/5358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Verwendung von Nachtzieltechnik in besonderen Problemregionen
Drs. 17/4811, 17/5375 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Möglichkeiten zur Schaffung einer Weiterbildung für Pflegekräfte zum Arztassistenten bzw. zur Arztassistentin prüfen
Drs. 17/4814, 17/5391 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU
Bayernweit flächendeckende Einführung eines kinder- und jugendärztlichen Bereitschaftsdienstes
Drs. 17/4821, 17/5392 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Verbesserungen beim BOS Digitalfunk
Drs. 17/2901, 17/5394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.03.2015 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine AG (Drucksache 17/4716)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette			
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	88	1